

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91 Bundesrepublik Deutschland und DDR: Vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion	341
Westliche Industrieländer: Differenzierung im Wachstum begünstigt Abbau der Leistungs- bilanzsalden	357

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26/90

Berlin

28. Juni 1990

2. Ex.

57. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91

Bundesrepublik Deutschland und DDR: Vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

In wenigen Tagen schlagen die beiden deutschen Staaten ein neues Kapitel ihrer Geschichte auf. Deutschland, das wirtschaftlich und politisch getrennt war, wird im wahrsten Sinne des Wortes „über Nacht“ ein einheitlicher Währungs- und Wirtschaftsraum.

Dies bringt für die Bundesrepublik auf gesamtwirtschaftlicher Ebene einen Nachfrageimpuls, dessen Finanzierung teilweise von den öffentlichen Haushalten übernommen werden muß. Für die DDR bedeutet der Schritt in die Währungs- und Wirtschaftsunion den Übergang in ein neues und weithin noch unbekanntes Wirtschaftssystem und eine Währungsreform mit allen damit verbundenen gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen. Die neue Währung ist die Währung einer Wirtschaft, die sich über viele Jahrzehnte eine herausragende Position auf dem Weltmarkt aufgebaut hat. Es gibt keinen Lebensbereich in der DDR, der von einem solchen Einschnitt nicht betroffen wäre. Daher wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der DDR noch für einige Jahre von dem Anpassungsdruck gekennzeichnet sein, dem sie von nun an ausgesetzt ist.

Groß ist dieser Druck vor allem in den ersten Tagen und Wochen, in denen Konsumenten und Investoren sich in einer für sie ungewohnten Welt behaupten müssen. Wie gut das gelingt und inwieweit dafür in den letzten Monaten schon vorgesorgt werden konnte, vermag niemand genau zu sagen. Eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die über ein Szenario hinausgeht, ist erst dann möglich, wenn sich die Verhaltens-

weisen eingeschpielt haben und feste Beziehungen zwischen ökonomischen Variablen entstanden sind.

Dennoch wird hier der Versuch unternommen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Währungsgebiet der D-Mark für den Rest dieses Jahres und das nächste Jahr in Umrissen zu quantifizieren. Das ist trotz der unbestreitbaren Unsicherheiten in der Datenbasis notwendig, da nur auf diese Weise die Spekulation über Folgewirkungen der Währungsunion in Grenzen gehalten werden kann.

Das DIW hat ein solches Rechenwerk in Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem SNA-Konzept¹ auch für die DDR entwickelt.

Gespaltene Konjunktur im Währungsraum der D-Mark

Die Befriedigung der Nachfrage nach Vorprodukten und die merkliche Nachfrageverschiebung in der DDR von Produkten, die dort hergestellt werden, zu Produkten des Weltmarktes wird nach den Ergebnissen einer Modellrechnung des DIW² zu einem Impuls für die Bundesrepublik im Jahr 1991 führen, der bei etwa 40 Mrd. DM liegt.

¹ SNA: System of National Accounts

² Vgl.: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf die Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: R. Pohl, D. Vesper und R. Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/90.

Dieser Impuls trifft in der Bundesrepublik auf eine Wirtschaft, die sehr hoch ausgelastet ist und sich auf dem Weltmarkt und im Inland einer noch steigenden Nachfrage gegenüberstellt. Allerdings hat das Tempo der Nachfrageexpansion in den letzten Monaten, nicht zuletzt als Folge enger werdender Kapitalmärkte und anziehender Zinsen, nachgelassen. Der Impuls der zusätzlichen Nachfrage aus der DDR kompensiert etwa das Nachlassen der Nachfrage aus den Industrieländern, so

und Kurzarbeit werden daher in den ersten Monaten nach dem Übergang zur Währungsunion rasch steigen. Letztlich wird es der DDR aber gelingen, dem *circulus vitiosus* von steigenden Preisen und steigenden Löhnen durch die Mobilisierung vorhandener Produktivitätsreserven zu entgehen, der in vielen osteuropäischen Ländern die Hoffnungen auf eine Verbesserung des Lebensstandards mit dem Übergang zur Marktwirtschaft zunichte macht.

Zur Methode der Berechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die DDR

Das Statistische Amt der DDR hat vor kurzem für die DDR das Bruttosozialprodukt nach dem SNA-Konzept berechnet und für 1989 eine Summe von 353 Mrd. Mark (jeweilige Preise) festgestellt. Diese Zahl läßt sich jedoch nicht unmittelbar mit den Ergebnissen für die Bundesrepublik vergleichen, da die Werte sich auf Preise der DDR und Mark der DDR beziehen.

Eine Vergleichbarkeit mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik, d.h. eine Annäherung der Daten für die DDR an Preis- und Abgabenverhältnisse der Bundesrepublik, hat nun das DIW herzustellen versucht. Dabei wurde von der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts ausgegangen. Als Ausgangsbasis wurden die Ergebnisse der Produktivitätsuntersuchung verwendet, die das DIW im Rahmen der Materialien zur Lage der Nation¹ ermittelt hatte.

In den Vergleich sind damals nur die produzierenden Bereiche — Industrie, Bau, Landwirtschaft, Verkehr, Handel — einbezogen worden. Für die einzelnen Produkte und Zweige wurde die Leistung je Beschäftigten ermittelt und mit Preisen der Bundesrepublik in D-Mark bewertet. Der Vergleich basiert im wesentlichen auf Mengenangaben; für die Industrie wurde die Produktivität zum Teil auf der Basis geschätzter Preisrelationen ermittelt. Durch Zusammenfügen der Einzelwerte nach der Beschäftigtenstruktur der DDR kann so ein Gesamtergebnis für die Leistung der produzierenden Bereiche errechnet werden. Zusammen mit einer entsprechenden Umrechnung der DDR-Angaben für den Dienstleistungssektor (das Produktivitätsniveau macht hier knapp 25 vH des Standes der Bundesrepublik aus)

ergibt sich daraus ein Bruttoinlandsprodukt der DDR, bereinigt um die Verzerrungen des Preis- und Abgabensystems der DDR, in Preisen der Bundesrepublik und in D-Mark. Es belief sich 1989 auf rund 290 Mrd. DM zu jeweiligen Preisen, das sind je Erwerbstätigen knapp 40 vH der Leistung der Bundesrepublik.

Eine derartige Rechnung ist allerdings nur eine grobe Annäherung an die Wirklichkeit. Z.B. ist das Problem der unterschiedlichen Sortimente nicht zufriedenstellend gelöst. In der DDR werden z.T. Produkte erzeugt, die in der Bundesrepublik kaum noch hergestellt werden, dagegen fehlen viele neue hochwertige Erzeugnisse. Die DDR-Produktion konnte unter den damaligen Verhältnissen nur deshalb abgesetzt werden, weil im Inland Alternativen fehlten und für den Auslandsabsatz häufig Exportsubventionen geleistet wurden. Die Wettbewerbsfähigkeit unter den Bedingungen der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion muß sich also erst herausstellen. Als Basis für eine detailliertere Berechnung der Einkommenentstehung und -verteilung der Verwendung der Güter und Dienste und des Einkommenskreislaufs zwischen den Sektoren (Staat, private Haushalte, Unternehmen, übrige Welt) und für eine Fortschreibung sind die Ergebnisse jedoch gut brauchbar.

Für die hier vorgelegte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR konnte teilweise auf frühere Berechnungen des DIW² zurückgegriffen werden. Es

¹ Deutscher Bundestag. Drucksache 11/11 von 1987.

² Vgl. Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. Bearb. von der Arbeitsgruppe DDR im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/90. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf die Bundesrepublik Deutschland. Bearb. von: R. Pohl, D. Vesper und R. Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/90.

daß das Wachstumstempo hoch bleibt. Von einer Überhitzung kann aber nicht gesprochen werden. Die Beschäftigungsexpansion wird fast unvermindert anhalten.

In der DDR trifft die Verlagerung von Nachfrage auf eine in einer Strukturkrise befindliche Wirtschaft. Kurzfristig ist es kaum möglich, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch die Übernahme der D-Mark in allen laufenden Transaktionen wettzumachen. Arbeitslosigkeit

Bundesrepublik Deutschland: Anhaltender Aufschwung

In der Bundesrepublik hält der Aufschwung in diesem Jahr das 1989 erreichte Tempo. Nochmals wird ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 4 vH erreicht. Dabei verstärkt sich der Beschäftigungszuwachs auf über 2 vH; dieser Wert ist in den letzten 30 Jahren nicht erzielt worden. Die Inflationsrate bleibt deutlich unter 3 vH.

Bei der konjunkturellen Entwicklung in den westlichen Industrieländern und einer Wirtschafts- und Lohnpolitik, die den hier angestellten Überlegungen folgt, spricht alles dafür, daß sich der Aufschwung auch 1991 fortsetzen wird. Zwar gehen dann vom privaten Verbrauch keine ähnlich starken Impulse wie in diesem Jahr aus, und auch der Exportzuwachs der Bundesrepublik nimmt ab. Doch die Investitionsneigung bleibt robust, und die zusätzliche Nachfrage aus der DDR trägt weiter zur Expansion bei. Das

Ohne die politische Umwälzung in der DDR und die rasche Einigung der beiden deutschen Staaten auf eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 wäre ein ganz anderes Bild der Konjunktur in der Bundesrepublik zu zeichnen gewesen. Der weltweit zu beobachtende, in Europa aber besonders ausgeprägte Zinsanstieg hätte deutliche Spuren auch in der Bundesrepublik hinterlassen. Der Export, seit Anfang 1988 treibende Kraft des Aufschwungs, wäre auf den Expansionspfad des

wurde für 1988 und 1989 angenommen, daß die im Staatsvertrag beschlossenen Maßnahmen zur Anpassung des DDR-Wirtschaftssystems an das der Bundesrepublik schon gegolten hätten. Das bedeutet z.B., daß die Einnahmen (Steuern, Sozialbeiträge u.ä.) und Ausgaben (Verbrauch, Transferleistungen, Subventionen, Investitionen u.a.) des Staates der DDR so abgegrenzt worden sind, daß die tatsächlich in dieser Zeit in der DDR vorgenommenen Transaktionen nun nach den Verhältnissen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen verändert wurden. Z.B. wurde bei der Verbuchung der Ströme zwischen Staat und Unternehmen nicht angenommen, daß der Staat — wie bisher — durch Abgaben erst alle Mittel einzieht und dann wieder verteilt, sondern es wurde unterstellt, daß die Unternehmen nur mit den Abgaben belastet worden sind, die sie auch in der Bundesrepublik hätten leisten müssen. Der Rest wurde als Gewinn den Unternehmen zugebucht. Da die Subventionspolitik des Staates entscheidend zu den „künstlichen“ Preisstrukturen der DDR beigetragen hat, wurden die Preissubventionen auf das der Bundesrepublik entsprechende Niveau gekürzt.

Die Abzüge aus den Einkommen der Unselbständigen, Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder wurden ebenfalls nach dem Steuer- und Abgabensystem der Bundesrepublik berechnet und so u.a. die Basis für ein Sozialversicherungssystem nach den Kriterien der Bundesrepublik simuliert. Bisher waren diese Leistungen aus dem „Gesamtabgabentopf“ der DDR bezahlt worden.

Schwierig war die Abgrenzung zwischen den Sektoren Staat und private Haushalte (Privathaushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck). Da in der bisherigen Abgrenzung der DDR-Statistik die Ausgaben

für Parteien, Massenorganisationen u.ä. und die Wohnungswirtschaft voll im öffentlichen Sektor enthalten sind, mußten in der DIW-Rechnung diese Bereiche — wie in der VGR der Bundesrepublik — dem Sektor private Haushalte zugerechnet werden. Dabei wurde unterstellt, daß der Staat seine Aktivitäten im Rahmen des Wohnungswesens zumindest teilweise an unabhängige Wohnungsgenossenschaften überträgt. D.h. aber, daß sowohl der vom DIW ausgewiesene private Verbrauch, als auch die Ersparnis und die entsprechenden Einkommensgrößen Ausgaben bzw. Einnahmen privater Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten.

Nur mit Hilfe eines geschlossenen Kreislaufsystems lassen sich bestimmte Sachverhalte für die wirtschaftliche Entwicklung deutlich machen. So zeigt sich beispielsweise, daß die Unternehmen bei der Abführung ihrer Abgaben im ersten Halbjahr 1990 „zurückhaltend“ waren und die damit verbundene Stärkung der Eigenmittel lediglich zur Verbesserung der Liquiditätsposition und nicht zur Erhöhung der Investitionen genutzt haben (Selbstfinanzierungsquote von über 100 vH).

Bei der Prognose für 1990 wurden die für die ersten fünf Monate veröffentlichten Daten der DDR-Statistik zugrunde gelegt. Für 1991 wurde für die DDR-Wirtschaft ein Produktivitätsanstieg angenommen, der dreimal so hoch ist wie in der Bundesrepublik. Diese Annahme orientiert sich an Untersuchungen in der DDR, nach denen die Produktivität durch „nicht-investitive“ Maßnahmen um 20 bis 30 vH gesteigert werden könnte. Zu diesen Maßnahmen gehören beispielsweise eine verbesserte Materialversorgung, die Einhaltung der Arbeitszeiten, sowie die Einschränkung unproduktiver Eigenproduktionen.

Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion könnte mit 3 vH erneut beachtlich sein. Es dürfte allerdings nicht mehr ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Angesichts der schon jetzt hohen Kapazitätsauslastung und einer leicht zunehmenden Kostenbelastung der Unternehmen (Anstieg der Lohnstückkosten 1991: gut 3 vH) wird sich der konjunkturelle Preisauftrieb verstärken.

Welthandels eingeschwenkt, hätte also um kaum mehr als 6 vH zulegen können. Unter den geänderten Umständen ist in diesem und im nächsten Jahr eine Zuwachsrate von fast 10 vH in realer Rechnung zu erwarten. Zwar steigen auch die Importe weit stärker, als es sonst zu erwarten gewesen wäre, nämlich um reichlich 10 vH, der reale Außenbeitrag hält sich aber auf dem 1989 erreichten sehr hohen Niveau.

Angesichts der Stabilität des Tempos der Exportnachfrage bleibt auch die Investitionsneigung groß. Da sich die Gewinnsituation im Jahr 1991 abermals verbessert, dürfte selbst der hohe Zins nur für wenige Investoren einen Anreiz bieten, in Finanzanlagen statt in Sachkapital zu investieren. Eine leichte Verlangsamung des Wachstums der Investitionstätigkeit wird es gleichwohl bei Bauten und Ausrüstungen der Unternehmen geben. Dagegen werden die Investitionen in Wohnbauten trotz des hohen Zinsniveaus — und entgegen dem üblichen zyklischen Muster — mit kaum vermindertem Tempo steigen. Hier spielen die Förderprogramme der Bundesregierung ebenso eine Rolle wie die Hoffnung der Investoren, angesichts der enormen Verknappung von Wohnraum, über die Mieten ausreichende Erträge erwirtschaften zu können.

Der private Verbrauch wird im kommenden Jahr weniger zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen (Anstieg knapp 2 ½ vH nach fast 5 vH 1990). Nachdem die massive Steuersenkung zu Anfang dieses Jahres den privaten Haushalten einen kräftigen Anstieg der verfügbaren Einkommen beschert hatte, der teilweise auch für zusätzliche Güterkäufe genutzt wurde, normalisiert sich der Einkommensanstieg. Hinzu kommt, daß die Käufe von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik 1991 nicht mehr ein Niveau wie in diesem Jahr erreichen dürften³.

Die Lohnerhöhungen bei Neuabschlüssen werden 6 vH kaum überschreiten. Das ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, daß der Preisanstieg mit etwa 3 ½ vH im Jahresdurchschnitt in einem vertretbaren Rahmen bleibt.

Die Situation am Arbeitsmarkt der Bundesrepublik hat sich in den letzten drei Jahren trotz eines unerwartet großen Zustroms von Arbeitskräften aus anderen Ländern erheblich aufgehellt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Verlauf von zwei Jahren um etwa eine Million Personen gestiegen, und die Arbeitslosenzahl ist um 300 000 gesunken. Kurzarbeit existiert praktisch nicht mehr, und die Zahl der offenen Stellen steigt beständig. Auch 1991 wird sich die Expansion fortsetzen. Zwar sinkt die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter, doch werden wiederum etwa 400 000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz finden. Aus der DDR haben bis jetzt vornehmlich Übersiedler Arbeit in der Bundesrepublik gesucht, angesichts der offenen Grenzen und der Wohnungsprobleme in der Bundesrepublik werden es in zunehmendem Maße Pendler sein, die durch das Gefälle der Löhne und die starke Nachfrage nach Arbeit in der Bundesrepublik angelockt werden. Hier wird angenommen, daß etwa 250 000 Personen auf diese Weise das Potential regional verbundener Arbeitsmärkte nutzen.

Der Finanzbedarf des DDR-Staatshaushalts wird schon 1990, vor allem aber in den nachfolgenden Jahren sehr groß sein. Gleichzeitig beschert der Konjunkturaufschwung den öffentlichen Haushalten in der Bundesrepublik reichlich Mehreinnahmen, aus denen ein Teil dieses Bedarfs finanziert werden kann.

In der hier vorgelegten Prognose der Staatseinnahmen und -ausgaben in der Bundesrepublik ist unterstellt, daß die öffentlichen Hilfen an den Staatshaushalt der DDR einen Umfang haben werden, wie ihn die Bundesregierung bei Unterzeichnung des Staatsvertrages dargestellt hat. Die Bundesregierung hat dabei für 1990 und 1991 mit Defiziten im DDR-Staatshaushalt von 33 bzw. 53 Mrd. DM gerechnet. Davon will sie rund zwei Drittel finanzieren; in diesem Jahr sind 22 Mrd. DM, im nächsten Jahr 35 Mrd. DM vorgesehen, für die Zins- und Tilgungszahlungen von 2 bzw. 6 Mrd. DM anfallen. Hinzu kommen die Hilfen, die mit dem ersten Nachtragshaushalt verabschiedet wurden und netto auf rund 5 Mrd. DM zu veranschlagen sind (Reisedevisenfonds, Sofortmaßnahmen), jeweils etwa 3 Mrd. DM als Anschubfinanzierung für die Sozialversicherung und 2 bzw. 4 Mrd. DM Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt. Nach Berechnungen des DIW werden allerdings die Defizite im DDR-Staatshaushalt sehr viel höher sein, als bei der Bemessung der Finanzhilfen der Bundesrepublik im Staatsvertrag angesetzt worden ist.

Nach dem Überschuß von fast 5 Mrd. DM im Vorjahr wird 1990 der Staatshaushalt in der Bundesrepublik mit einem recht hohen Fehlbetrag (—44 Mrd. DM) abschließen. Das Defizit der Gebietskörperschaften dürfte von 10 auf 57 Mrd. DM steigen, während der Überschuß der Sozialversicherung etwas geringer sein wird als im Vorjahr. Die Entwicklung der Steuereinnahmen in der Bundesrepublik wird in diesem Jahr vor allem durch die Reform '90 geprägt, die private Haushalte und Unternehmen in einer Größenordnung von 30 Mrd. DM entlastet. Im Zuge des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs sind 1990 dennoch Steuermehreinnahmen zu erwarten (+1,5 vH). Die Sozialbeiträge werden etwas schwächer als die Einkommen steigen, weil die Krankenversicherungsbeiträge gesenkt werden. Die Ausgaben werden um 8 vH zunehmen; bereinigt um die Belastungen im Zusammenhang mit der Währungsunion errechnet sich eine Rate von knapp 5 vH, die abermals unter dem (prognostizierten) Anstieg des nominalen Sozialprodukts liegt. Die öffentlichen Investitionsausgaben dürften wie schon im Vorjahr überdurchschnittlich (um 8 vH) erhöht werden. In realer Rechnung wird das Plus mit 3 vH deutlich geringer sein, weil sich der Preisauftrieb im Bausektor weiter beschleunigen wird. Ins Gewicht fällt der kräftige Ausgabenanstieg der Bundesanstalt für Arbeit (12 vH), dort stehen als Folge der hohen Aus- und Übersiedlerzahlen erhebliche Mehraufwendungen für das Arbeitslosen- bzw. Eingliederungsgeld an.

³ Die Käufe von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik werden vom Statistischen Bundesamt mittlerweile als privater Verbrauch der Bundesrepublik in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbucht. Ohne die Käufe von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik würden die vom DIW prognostizierten Zuwachsraten für den privaten Verbrauch 1990 knapp 4 vH und 1991 3 vH betragen. Die Lieferungen von Unternehmen in die DDR zählen weiterhin als Export.

1991 werden die öffentlichen Defizite niedriger sein als in diesem Jahr (34 Mrd. DM). Die Ausgaben des Staates werden voraussichtlich um 5,5 vH erhöht, während die Einnahmen um 6,5 vH zunehmen. Ohne die Finanzhilfen an den Staatshaushalt der DDR errechnet sich abermals ein Ausgabenanstieg von weniger als 5 vH. Angenommen wurde u.a. eine Kürzung der Verteidigungsausgaben. Die zusätzliche Zinsbelastung durch den Fonds „Deutsche Einheit“ ist vorerst gering. Angesichts der nach wie vor positiven Wirtschaftsentwicklung können die öffentlichen Haushalte 1991 mit Steuermehreinnahmen von 45 Mrd. DM rechnen (8 vH). Hierzu werden insbesondere die Einnahmen aus der Lohnsteuer beitragen (13 vH), weil die Progression wieder uneingeschränkt wirksam wird. Unterstellt ist, daß die Bundesbank einen Gewinn von 10 Mrd. DM an den Bundeshaushalt abführen wird.

DDR: Schwieriger Übergang zur Marktwirtschaft

Die Wirtschaft der DDR vollzieht am 1. Juli 1990 einen in der Geschichte einmaligen Schritt: Nach fast 60 Jahren zentralistischer Planwirtschaft gelten von diesem Tag an die Grundzüge der Regeln und Gesetze der Bundesrepublik, deren Unternehmen selbst bereitstehen, die private Nachfrage in der DDR so weit und so schnell wie möglich zu befriedigen. Es besteht kein Zweifel, daß vom Beginn der Währungsunion an die Versorgungsprobleme in der DDR, soweit mobile (handelbare) Güter betroffen sind, weitgehend gelöst sein werden. Insofern erfüllt die Einführung marktwirtschaftlicher Regeln ihren Zweck: Das Angebot an Waren und Dienstleistungen erhöht sich sprunghaft und zu Preisen, wie sie in der Bundesrepublik üblich sind.

Das Problem der DDR-Wirtschaft ist, in welchem Umfang sie daran beteiligt ist. Wo werden die Güter vorwiegend produziert, die in den Läden in der DDR angeboten werden? Wie groß werden die Produktionsverluste in der DDR sein, ehe wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen sind? Hier hat die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr dieses Jahres bereits schlaglichtartig die Probleme gezeigt. Derzeit ist die Wirtschaft der DDR im Durchschnitt unterlegen, im Wettbewerb um Arbeitskräfte und im Wettbewerb um Käufer für ihre Produkte.

Die Industrieproduktion der DDR ist in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um knapp 6 vH gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum gesunken. Die Importe aus westlichen Ländern und insbesondere aus der Bundesrepublik sind trotz formal noch nicht geöffneter Grenzen und einem Wechselkurs von mindestens 2 Mark : 1 D-Mark sprunghaft gestiegen. Gleichzeitig hat die DDR viele Arbeitskräfte verloren. Die Abwanderung hat sich zwar in den letzten Wochen verringert (auf reichlich 1000 Personen pro Woche), dies könnte aber mit dem Stichtag des Währungsumtauschs zusammenhängen.

Zunächst muß mit einem sich verstärkenden Abwärtstrend der DDR-Industrie gerechnet werden. Der Rückgang der Industrieproduktion wird im Durchschnitt des Jahres 1991 rund 20 vH betragen. In der Landwirtschaft dürfte der Produktionsrückgang eine ähnliche Größenordnung erreichen. In den übrigen Bereichen dürfte es aber schon in kurzer Zeit zu einem kräftigen Anstieg der Bruttowertschöpfung kommen, der — mit Ausnahme des Verkehrsbereichs und des Staates — im nächsten Jahr durchweg im Bereich zweistelliger Zuwachsraten liegen wird (im Handel über 40 vH, in der Bauwirtschaft 25 vH).

Das reicht jedoch nicht aus, um einen tiefen Einbruch bei Produktion und Beschäftigung zu verhindern. In dem hier angenommenen Szenario sinkt das *nominale* Bruttoinlandsprodukt 1990 um 7 vH und 1991 um über 3 vH. Die Zahl der Erwerbstätigen geht bis 1991 gegenüber 1989 um fast 2,1 Millionen zurück, mehr als 1 Million Personen arbeiten kürzer, und die Arbeitslosigkeit steigt auf 1,4 Millionen (etwa 16 1/2 vH der Erwerbstätigen):

in 1000 Personen

Erwerbstätige 1989	9300
Zunahme bis 1991	
Arbeitslose	1415
Pendler	250
Erwerbsfähige Übersiedler	425
= Erwerbstätige 1991	7210

Dennoch ist zu erwarten, daß es bereits im Verlauf des Jahres 1991 erste Tendenzen zur Stabilisierung der Wirtschaftslage in der DDR gibt. Das Szenario führt zu dem Ergebnis, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1990 sinkt (—4 vH), 1991 durch staatliche Unterstützungszahlungen (+42 vH) und hohe Lohnsteigerungen (+20 vH) der Vollzeitbeschäftigten jedoch stabilisiert wird: Es steigt um 4 vH. Die Lohnsteigerungen halten sich im Rahmen des Produktivitätsfortschritts, der aufgrund hoher Investitionen der Unternehmen und des Abbaus systembedingter Produktionsbehinderungen um fast 20 vH zulegt. Die hohen Lohnsteigerungen der Beschäftigten tragen mit dazu bei, die Abwanderung in die Bundesrepublik in Grenzen zu halten, wenngleich der Druck aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in der Anfangsphase der Währungsunion noch einmal stärker wird.

Wenn das weltwirtschaftliche Umfeld günstig bleibt, kann unter solchen Bedingungen erwartet werden, daß es anschließend zu einer Konsolidierung der DDR-Wirtschaft kommt. Die Industriestruktur dürfte sich dann weitgehend den Bedingungen des Weltmarktes angepaßt haben, Handel und Dienstleistungen werden den Ansprüchen einer modernen Volkswirtschaft genügen. Dann ist auch ein merklicher Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Der Versuch, die Staatsfinanzen der DDR zu quantifizieren, ist äußerst schwierig, weil das bisherige System

Bundesrepublik Deutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1990 und 1991

	1989	1990	1991	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbstätige	1,4	2,0	1,5	1,3	1,4	2,0	2,5
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,8	-0,5	0,0	-0,9	-0,9	-0,5	-1,0
Arbeitstage	-0,4	0,0	-0,5	0,5	-1,3	-0,5	0,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,1	1,5	1,0	0,9	-0,8	1,0	1,5
Produktivität ¹⁾	3,3	3,0	2,5	2,9	3,8	2,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	3,4	4,0	3,0	3,9	3,0	3,5	5,0
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	1 213,4	1 307,5	1 387,0	584,6	628,8	623,5	683,5
Staatsverbrauch	418,3	442,0	465,0	194,0	224,4	205,0	237,0
Anlageinvestitionen	462,9	514,5	570,0	214,4	248,5	237,5	276,5
Ausrüstungen	207,6	230,0	255,0	93,4	114,2	105,5	125,0
Bauten	255,3	284,0	315,0	121,0	134,3	132,5	152,0
Vorratsveränderung	25,1	19,0	20,0	21,2	3,9	18,0	1,0
Außenbeitrag	140,7	158,0	172,0	72,1	68,6	79,0	79,0
Ausfuhr	778,2	865,5	975,0	385,1	393,2	421,0	444,0
Einfuhr	637,6	707,5	803,0	313,0	324,6	342,5	365,0
Bruttosozialprodukt	2 260,4	2 440,5	2 613,5	1 086,3	1 174,1	1 163,0	1 277,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,9	7,5	6,0	5,2	4,6	6,5	8,5
Staatsverbrauch	1,7	5,5	5,0	2,3	1,1	5,5	5,5
Anlageinvestitionen	10,5	11,0	11,0	11,6	9,5	11,0	11,5
Ausrüstungen	12,3	11,0	11,0	12,2	12,4	13,0	9,5
Bauten	9,0	11,5	11,0	11,2	7,1	9,5	13,0
Ausfuhr	13,2	11,0	12,5	15,9	10,6	9,5	13,0
Einfuhr	12,4	11,0	13,5	14,2	10,7	9,5	12,5
Bruttosozialprodukt	6,5	8,0	7,0	7,2	5,9	7,0	9,0
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	966,2	1014,0	1 037,5	466,0	500,2	486,0	528,0
Staatsverbrauch	332,8	341,0	348,0	162,6	170,2	166,5	174,5
Anlageinvestitionen	377,6	404,5	427,5	175,9	201,7	188,5	216,0
Ausrüstungen	169,2	184,0	197,0	76,3	93,0	84,5	99,0
Bauten	208,4	220,5	230,5	99,6	108,8	104,0	116,5
Vorratsveränderung	19,9	14,0	16,0	17,6	2,3	14,0	0,0
Außenbeitrag	72,7	69,5	70,0	39,1	33,5	36,5	33,0
Ausfuhr	643,1	705,0	770,5	319,4	323,7	347,0	358,0
Einfuhr	570,4	635,5	701,0	280,3	290,2	310,5	325,5
Bruttosozialprodukt	1 769,2	1 842,5	1 899,0	861,2	908,0	892,0	951,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 696,5	1 773,0	1 829,0	822,1	874,5	855,0	918,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	1,7	5,0	2,5	1,9	1,5	4,5	5,5
Staatsverbrauch	-0,8	2,5	2,0	0,1	-1,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	7,2	7,0	5,5	8,4	6,2	7,0	7,0
Ausrüstungen	9,7	8,5	7,5	9,4	10,0	11,0	6,5
Bauten	5,3	6,0	4,5	7,7	3,1	4,5	7,5
Ausfuhr	10,4	9,5	9,5	12,4	8,5	8,5	10,5
Einfuhr	7,3	11,5	10,5	7,8	6,9	10,5	12,0
Bruttosozialprodukt	4,0	4,0	3,0	4,5	3,4	3,5	4,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	2,8	4,5	3,0	2,8	2,7	4,0	5,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1989	1990	1991	1989		1990	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,1	2,5	3,5	3,2	3,0	2,5	3,0
Staatsverbrauch	2,4	3,0	3,0	2,3	2,6	3,0	3,0
Anlageinvestitionen	3,0	3,5	5,0	2,9	3,1	3,5	4,0
Ausrüstungen	2,3	2,0	3,5	2,6	2,1	1,5	2,5
Bauten	3,5	5,0	6,0	3,2	3,9	5,0	5,5
Ausfuhr	2,5	1,5	3,0	3,1	1,9	0,5	2,0
Einfuhr	4,7	−0,5	3,0	5,9	3,6	−1,0	0,5
Bruttosozialprodukt	2,5	3,5	4,0	2,5	2,4	3,5	4,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 176,1	1 253,0	1 336,0	554,6	621,5	590,0	662,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	946,7	1 011,5	1 081,5	446,0	500,7	476,0	536,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	625,9	684,5	721,0	297,4	328,5	325,0	359,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	575,0	647,0	702,0	283,3	291,7	310,5	336,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	487,1	563,0	612,5	241,9	245,2	272,0	291,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	411,6	452,0	483,5	201,4	210,2	220,5	231,0
Nichtentnommene Gewinne	75,5	111,5	129,0	40,5	35,1	51,5	60,0
Volkseinkommen	1 751,1	1 900,0	2 038,5	837,9	913,2	901,0	999,5
Abschreibungen	276,7	295,0	318,5	136,6	140,1	145,0	150,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	232,6	245,5	256,5	111,8	120,8	117,5	128,0
Bruttosozialprodukt	2 260,4	2 440,5	2 613,5	1 086,3	1 174,1	1 163,0	1 277,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,4	6,5	6,5	4,6	4,3	6,5	6,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,6	7,0	7,0	4,7	4,4	6,5	7,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,5	9,5	5,5	3,3	3,6	9,5	9,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,0	5,0	6,0	3,2	2,8	4,5	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,0	7,0	4,5	1,9	2,0	7,0	7,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,5	12,5	8,5	11,7	7,4	9,5	15,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,0	15,5	9,0	10,1	5,9	12,5	18,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	10,5	10,0	7,0	15,1	6,4	9,5	10,0
Volkseinkommen	6,0	8,5	7,5	6,9	5,3	7,5	9,5
Abschreibungen	6,1	6,5	8,0	6,1	6,1	6,0	7,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	11,2	5,5	4,5	11,0	11,3	5,0	6,0
Bruttosozialprodukt	6,5	8,0	7,0	7,2	5,9	7,0	9,0
1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde.— 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. Quellen: 1989 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft3/1990). Berechnungen der Arbeitszeit nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und eigene Berechnungen der Produktivität; 1990 und 1991 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.							

der öffentlichen Finanzen mit dem in der Bundesrepublik überhaupt nicht vergleichbar ist. Hinzu kommt, daß in der gegenwärtigen Lage der Staatshaushalt der DDR aus dem Ruder zu laufen droht: Die Betriebe der DDR führen derzeit Abgaben an den Staat in nur unzureichender Höhe ab. Im Staatsvertrag ist zwar festgehalten, daß der

Staatshaushalt der DDR an die Verhältnisse in der Bundesrepublik angepaßt werden soll, doch benötigt dies Zeit — und das neue Steuersystem wird erst nach einer Übergangsphase seine volle Ergiebigkeit entfalten, während der aktuelle Ausgabebedarf sehr hoch ist und erst allmählich abgebaut werden kann.

Das DIW hat im Frühjahr 1990 Eckwerte für den DDR-Staatshaushalt nach Anpassung an die Verhältnisse in der Bundesrepublik skizziert. Diese Berechnungen hatten mittelfristigen Charakter und berücksichtigten nicht die vielfältigen Probleme in der Übergangsphase. Der Finanzbedarf des DDR-Staatshaushalts wurde damals mit rund 50 Mrd. DM beziffert — eine Größenordnung, die auch Basis der Verhandlungen zwischen beiden Regierungen war. Für die Übergangsphase hielt das DIW allerdings ein höheres Defizit für wahrscheinlich. Diese Einschätzung wird bestätigt durch die hier vorgelegte Berechnung des DDR-Staatshaushalts in einer Abgrenzung, die dem Kreislaufsystem in der Bundesrepublik entspricht.

Eine Schätzung der Staatsausgaben und -einnahmen in der DDR ist nur modellmäßig möglich. Das Hauptproblem liegt darin, daß die Parameter der Bemessungsgrundlagen auf der Einnahmenseite von Grund auf verändert werden und mit dem Umbau des Abgabensystems selbst völlig neue Preisstrukturen entstehen, die wiederum — zusammen mit neuen Produktionsstrukturen — Niveau und Struktur der Staatseinnahmen bestimmen. Das Steueraufkommen in der DDR ist für 1991 auf rund 36 Mrd. DM zu veranschlagen, davon entfällt der größte Teil auf die indirekten Steuern, insbesondere die Steuern vom Umsatz. Das Lohnsteueraufkommen schlägt mit 5 Mrd. DM zu Buche, weil der überwiegende Teil des Einkommens der Lohnsteuerpflichtigen im Rahmen der Steuerfreibeträge liegt. Die Reform des gesamten Staatswesens in der DDR wird die Ausgabenseite nachhaltig prägen: Die Übernahme des sozialen Sicherungssystems der Bundesrepublik wie auch der Umbau hin zu föderativen Strukturen werden die Eckpfeiler sein.

Staatsdefizit der DDR

Mrd. DM

	1990	1991
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	+ 6	—11
Finanzierungssaldo im Zentralhaushalt	—60	—58
Finanzierungssaldo im Staatshaushalt der DDR	—54	—69
+ Finanzzuweisungen an den Staatshaushalt aus der Bundesrepublik		
Fonds deutsche Einheit	22	35
Zuweisung Bundeshaushalt	2	4
Anschubfinanzierung		
Sozialversicherung	3	3
Sonstiges	5	—
= Finanzierungssaldo im Staatshaushalt der DDR einschließlich der Hilfen aus dem Staatshaushalt der Bundesrepublik	—22	—27

Im Vergleich zur Bundesrepublik sind im Staatsapparat der DDR erheblich mehr Arbeitskräfte beschäftigt. Die Neuordnung des Staatswesens wird rasch zu Entlassungen führen. Die freigesetzten Arbeitskräfte werden nur zum Teil in den neu geschaffenen Institutionen Arbeit finden. Die Ausgaben für den Staatsverbrauch werden deshalb in der Tendenz real rückläufig sein. Für die öffentlichen Investitionen ist indes mit einem kräftigen Wachstum zu rechnen. Ohne eine leistungsfähige Infrastruktur ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar. Engpaßfaktor dürften weniger die finanziellen Mittel als vielmehr die mobilisierbaren Produktionskapazitäten sein.

Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion werden in der DDR die Grundsätze und Regelungen zur sozialen Sicherung wirksam, die in der Bundesrepublik gelten. Von großer Bedeutung wird zunächst die Zahlung von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld sein; es wird 68 vH bzw. 63 vH des Nettoentgelts betragen. Die Renten werden zum 1.7.1990 aufgestockt, als Orientierungspunkt für die Rentenhöhe gelten 70 vH des durchschnittlichen Nettoentgelts bei 45 Versicherungsjahren. In 2,3 von 2,9 Mill. Fällen wird die Rente entsprechend erhöht. Insgesamt wird der für die Aufstockung notwendige Betrag auf 6 Mrd. DM pro Jahr geschätzt.

Die Zahlungsbilanzsituation im Währungsgebiet der D-Mark ändert sich im Verlaufe dieses Jahres und im nächsten Jahr nachhaltig. Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik steigt in den beiden Jahren jeweils um etwa 15 Mrd. DM auf über 135 Mrd. DM im Jahre 1991. Allerdings ist ein erheblicher Teil dieses Überschusses der explosionsartigen Ausweitung der westdeutschen Exporte in die DDR zuzurechnen. Dort entsteht ein Defizit der laufenden Rechnung in einer Größenordnung, das ohne finanzielle Rückendeckung durch die Bundesrepublik nicht zustande kommen könnte (etwa 27 vH des BSP). Die Exporte der Bundesrepublik in die DDR enthalten aber auch Vorleistungsimporte aus anderen Ländern oder sind unmittelbar „Durchfuhr“ vom Weltmarkt über die Bundesrepublik in die DDR. Insofern partizipieren viele andere Länder an dem Impuls aus der Verschiebung der Nachfrage in der DDR. Die konsolidierte Bilanz des Währungsgebiets der D-Mark zeigt, daß der Außenbeitrag im kommenden Jahr sinkt. Mit knapp 100 Mrd. DM bzw. 3,5 vH des Bruttosozialprodukts liegt er aber auch dann noch in einer Größenordnung, die von keinem anderen Industrieland erreicht wird. Eine Schwächetendenz der D-Mark läßt sich jedenfalls daraus nicht ableiten.

Die konsolidierte Bilanz des Währungsgebiets

Eine Gesamtwürdigung der hier vorgelegten Berechnungen macht eines deutlich: Der Weg, den die DDR jetzt beschreitet, nämlich die vollständige Einführung eines

marktwirtschaftlichen Systems *und* die Übernahme einer starken Währung, ist überhaupt nur möglich, weil die DDR massive Rückendeckung durch die Bundesrepublik erhält. In diesem Sinne muß die konsolidierte Bilanz des Währungsgebiets gelesen werden. Auf der einen Seite gehen in dem Zahlenwerk die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einführung der D-Mark in Form von hoher Arbeitslosigkeit und des Verlusts an Realeinkommen weitgehend unter. Auf der anderen Seite relativiert die konsolidierte Bilanz wirtschaftliche Tatbestände, die in jedem anderen System untragbar wären. Das gilt vor allem, wie schon erwähnt, für die kurzfristigen Defizite der DDR im Ausland und in der Bundesrepublik. Ein Leistungsbilanzdefizit von über 20 vH des Bruttosozialprodukts wäre auf den internationalen Kapitalmärkten für ein einzelnes Land kaum finanzierbar. Das gilt insbesondere dann, wenn eine Auslandsverschuldung in dieser Höhe mit einem hohen Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte von über 10 vH des Bruttosozialprodukts einhergeht.

Die hohe Verschuldung der DDR zeigt, daß mit der Währungsunion ein Weg aus der Planwirtschaft gewählt wurde, der trotz absoluter Verminderung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens ein hohes Ausgabenniveau zuläßt. Ohne die Hilfe der Bundesrepublik wäre — wie in vielen osteuropäischen Ländern — in weit drastischerer Weise deutlich geworden, wie niedrig die Kaufkraft vorher tatsächlich gewesen ist, wenn man eine Bewertung der Produkte zu Marktpreisen zugrunde legt. Der Preis für die Chance, relativ billige Importgüter kaufen zu können, ist freilich der Verlust eines großen Teils der eigenen Produktion, der nur durch den Aufbau neuer Produktionen wettgemacht werden kann.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Der Staatsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hat im großen und ganzen die richtige Basis für die Umstellung der Wirtschaft geschaffen, nachdem die prinzipielle Entscheidung über die Art des einzuschlagenden Weges gefallen war. Der Staatsvertrag enthält allerdings einen entscheidenden Konstruktionsfehler. Die Umstellung der Altschulden der Unternehmen im Verhältnis 2 Mark : 1 D-Mark ist nicht zu begründen und führt unter Umständen zu enormen Friktionsverlusten.

Die Altschulden der Unternehmen sind — nach den Maßstäben marktwirtschaftlicher Systeme — weitgehend willkürlich, d.h. ohne unmittelbaren Kontakt zur Leistungsfähigkeit und damit zur Kreditfähigkeit der Unternehmen entstanden. Die Verzinsung solcher Kredite war ebenfalls nicht marktwirtschaftlichen Kriterien unterworfen. Diese Altschulden — Ende April 239 Mrd. Mark — im Verhältnis 2 : 1 umzustellen und die dann verbleibenden D-Mark-Bestände einer marktgerechten Verzinsung zu unterwerfen, müßte dazu führen, daß — in einer

ähnlich willkürlichen Verteilung wie bei der Entstehung der Altschulden — jetzt Unternehmen schon unmittelbar nach Beginn der Währungsunion zahlungsunfähig werden, weil die Banken keine neuen Kredite an altverschuldete Unternehmen geben bzw. gar nicht bereit sind, ohne Sicherheiten die alten Kredite zu übernehmen.

Da solche Probleme in großem Ausmaß auftreten werden, wird letztlich auch die Umstellung der Schulden im Verhältnis von 2 : 1 darauf hinauslaufen, daß der Staat (bzw. wie schon teilweise beabsichtigt die Treuhandanstalt) nahezu die gesamten Schulden übernimmt oder verbürgt, da weder der massenhafte Konkurs von Unternehmen noch Liquiditätsprobleme von Banken hingenommen werden können. Mit anderen Worten, die Altschulden werden nicht im Rahmen des Staatsvertrages, sondern am Markt entwertet. Das bringt sowohl Unsicherheiten als auch Reibungsverluste mit sich, verglichen mit der von vielen Experten empfohlenen totalen Streichung der Altschulden und deren Kompensation durch Ausgleichsforderungen. Auch das Argument der Bundesregierung, eine solche Lösung wäre wegen der damit verbundenen zusätzlichen Zinsbelastung zu teuer geworden, greift nicht, denn die Absicherung von Betrieben und Banken gegen Konkurs wird teurer werden.

Ebensowenig überzeugend sind eine Reihe anderer Maßnahmen, die jetzt zur Sicherung des Überlebens der DDR-Betriebe dem Staatsvertrag nachgeschoben werden. Alle Maßnahmen, die im weitesten Sinne auf Zollkontrollen hinauslaufen, können bei der Offenheit der deutsch-deutschen Grenze und der besonderen Situation West-Berlins nur zu unproduktiven Umweglieferungen, Umgehungen und zum Schwarzhandel führen, ohne ihr Ziel wirklich zu erreichen. Sinnvoll ist es dagegen, für die Übergangszeit Unternehmen in der DDR steuerlich zu präferenzieren, ihnen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern oder die Zinslast durch ERP-Kredite zu vermindern. Regional- und Mittelstandspolitik haben im Bereich der DDR so lange eine wichtige Funktion, wie die Unternehmen noch auf der Suche nach ihren Positionen im internationalen Wettbewerb sind.

Insgesamt gesehen besteht kein Zweifel, daß von den öffentlichen Haushalten in beiden deutschen Staaten erhebliche Impulse zur Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit ausgehen werden. Das Defizit in der konsolidierten Bilanz steigt 1991 auf rund 60 Mrd. DM. Das ist für die Wirtschaft der DDR eine notwendige Stützungsmaßnahme und für die Wirtschaft der Bundesrepublik ein zusätzlicher Impuls. Die gute wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wiederum ist eine große Hilfe für die DDR, weil sie die Investitionsbereitschaft der Unternehmen erhöht und das Eindringen von DDR-Unternehmen in westliche Märkte erleichtert.

Sichergestellt werden muß, daß in der DDR ein erheblicher Teil der öffentlichen Ausgaben investiv in Infra-

struktur umgesetzt wird. Es existieren zwar viele Schätzungen über den möglichen Bedarf der DDR an Infrastrukturinvestitionen, wesentlich schwieriger aber ist die Schätzung dessen, was auch kurzfristig in Produktionen umsetzbar ist. In der vorliegenden Prognose ist das im staatlichen Bereich nur ein Zuwachs von 4 Mrd. DM im Jahr 1991. Das mag als wenig erscheinen, impliziert aber — zusammen mit einer Belebung der privaten Bautätigkeit — schon einen Anstieg der nominalen Bauproduktion von etwa 25 vH.

Die Umsetzung wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die Gemeinden — der Hauptträger öffentlicher Investitionen in der DDR — noch über kein eigenes Einnahmesystem verfügen und die Zuweisungsmodalitäten aus dem staatlichen Zentralhaushalt nicht geklärt sind. Angesichts der Bedeutung kommunaler Investitionen für private Investitionsentscheidungen und deren Multiplikatoreffekte auf Einkommen und Beschäftigung ist es daher unerlässlich, nach anderen Wegen zur Finanzierung dieser Investitionen zu suchen. Hier könnte eine Regelung getroffen werden, die vorsieht, daß sich die Bundesrepublik unmittelbar an der Finanzierung kommunaler Infrastrukturinvestitionen beteiligt. Dabei kann man sich an Mischfinanzierungsregelungen orientieren, wie sie in der Bundesrepublik praktiziert werden. Auf diese Weise wäre am ehesten gewährleistet, daß mit den Finanzierungsbeiträgen aus dem Bundeshaushalt nicht nur Löcher in den zentralen Haushalten gestopft werden, sondern — basierend auf autonomen Investitionsentscheidungen der Gemeinden — ein effizienter Beitrag zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit in der DDR geleistet wird. Damit ist allerdings eine dauerhafte Finanzierung der erforderlichen Infrastrukturinvestitionen, an der sich die Bundesrepublik allerdings mit sehr viel höheren Beträgen beteiligen müßte als gegenwärtig zur Verfügung gestellt werden, nicht gesichert.

Wenn die Defizite der öffentlichen Haushalte in den hier beschriebenen Grenzen bleiben, müssen die Steuern in der Bundesrepublik nicht erhöht werden. Sollte sich der Finanzbedarf für die DDR als wesentlich größer erweisen, als hier angenommen, gibt es mit einem allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer ein Instrument, das temporär (für ein Jahr) sehr schnell und sehr effizient für Entlastung sorgen könnte.

In dem hier vorgelegten Szenario, wie in allen mehr oder weniger wahrscheinlichen Varianten, werden die Unternehmen ihre Verteilungsposition in den nächsten Jahren noch weiter verbessern können. Die Lohnquote sinkt auf einen historischen Tiefstand. In einer solchen Situation die Nettoverteilung durch eine Einkommensteuerreform — wie der geplanten Steuerentlastung der Unternehmen — noch einmal zuungunsten der Arbeitnehmer verändern zu wollen, ist nicht nur verteilungspolitisch und im Hinblick auf zukünftige Lohnrunden fatal, sie ist überflüssig. Auch der Hinweis auf Steuersenkungen in anderen Ländern kann nicht überzeugen. Die gesamte Ko-

stensituation der deutschen Unternehmen hat sich auch im internationalen Wettbewerb ständig verbessert. Wie wären sonst die deutschen Exporterfolge selbst bei Aufwertung der D-Mark in den letzten Jahren möglich gewesen? Mit einem einzigen Kostenbestandteil zu argumentieren, alle anderen aber zu vernachlässigen, ist wenig hilfreich. Sollen in Zukunft niedrige Steuern durch hohe Löhne ausgeglichen werden?

Bundesbank:

Geldmengenpolitik nur unter Vorbehalt fortsetzen

Mit der Einführung der D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR am 1. Juli wird das Geldvolumen M3⁴, das gegenwärtig in der Bundesrepublik 1 220 Mrd. DM beträgt, unmittelbar um 165 bis 170 Mrd. DM oder 13½ bis 14 vH aufgestockt werden: Den Bürgern werden je nach Lebensalter Kopfbeträge von 2 000, 4 000 und 6 000 Mark der DDR im Verhältnis 1:1 umgestellt; maximal, d. h. bei voller Ausschöpfung der legalen Möglichkeiten, brächte das den privaten Haushalten 65 Mrd. DM. Im Verhältnis 2 M : 1 DM umgestellt werden alle übrigen am 31.12.1989 gehaltenen Bankguthaben, daraus könnten die privaten Haushalte 57 Mrd. DM, die Betriebe 30 Mrd. DM und der Staat 11 Mrd. DM erhalten. Im Verhältnis 3 M : 1 DM sollen alle während des ersten Halbjahres 1990 legal angesammelten Bankguthaben umgetauscht werden; hieraus könnten, grob gerechnet, 5 Mrd. DM resultieren.

Diese einmalige Aufstockung des Geldvolumens um 13½ bis 14 vH wird nicht viel stärker sein als der mit der Eingliederung der DDR in das Währungsgebiet der D-Mark zu erwartende Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Wählt man das voraussichtliche Bruttoinlandsprodukt vom Jahre 1990 — Bundesrepublik 2 420 Mrd. DM; DDR 270 Mrd. DM — als Indikator für das Potential, so kommt man auf einen Zuwachs von 11 vH. Wer sich nur an globalen Geldmengenwerten ausrichtet, wird also in der einmaligen Erhöhung der Geldmenge M3 per se keine Belastung einer potentialgerechten Geldmengenpolitik erkennen: Die Bundesbank ginge kein stabilitäts- und wachstumspolitisches Risiko ein, wenn sie von der um die DDR-Geldmenge erhöhten Basis aus den bisherigen, durch einen Zielkorridor von 4 bis 6 vH gewiesenen Kurs fortsetzte und — entsprechend dem größeren Wachstumspotential in der DDR — für 1991 ein etwas höheres Geldmengenziel festlegte.

Das Gewicht der neuen DDR-Geldmenge innerhalb der gesamten Geldmenge M3 ist aber so gering, daß die Geldmenge selbst dann im Zielkorridor bliebe, wenn — anders als die in der Bundesrepublik gehaltenen Geldbestände — die von den Haushalten und Unternehmen in der DDR nachgefragte Geldmenge um 8 vH-Punkte von

⁴ Bargeld und Sichteinlagen, Termingelder mit Befristung bis unter vier Jahren, Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Forderungen und Verbindlichkeiten des DDR-Bankensystems¹⁾
Ende 1989, Mrd. M bzw. DM

	vor	nach
	Währungsumstellung	
	2:1 bzw. 1:1	
	Netto-Forderungen des Bankensystems	
Betriebe ²⁾ Kredite	260	130
minus: Einlagen	60	30
Netto-Kredite	200	100
Staat		
Ausgleichsforderungen ³⁾	—	19
Kredite	101	50
dar. Wohnungsbau ⁴⁾	(85)	(42)
minus: Einlagen	—23	—11
Netto-Kredite	78	58
Netto-Forderungen	278	158
	Netto-Verbindlichkeiten des Bankensystems	
Private Haushalte		
Versicherungssparen	14	7
Spareinlagen ⁵⁾	162	122
Bargeldumlauf	17	
Geldvermögen	193	129
minus: Kredite ⁶⁾	26	13
Netto-Geldvermögen	167	116
Ausland (netto)		
Sozialistisches Währungsgebiet	—11	— 6
Nicht-sozialistisches Währungsgebiet	34	34
Netto-Auslandsschulden	23	28
Richtungskoeffizient, netto ⁷⁾	63	—
Eigenkapital	23	12
Sonstige Positionen	2	2
Netto-Verbindlichkeiten	278	158

¹⁾ Einschl. Staatsbank. — ²⁾ Fast ausschließlich Guthaben und Kredite der volkseigenen Wirtschaft und sozialistischer Genossenschaften. — ³⁾ Für Abwertung der Netto-Kredite der Betriebe. — ⁴⁾ Davon 10 Mrd. M für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten u.ä. — ⁵⁾ Täglich fällige Spar- und Spargiro Guthaben. — ⁶⁾ Dar. 23 Mrd. M für privaten Wohnungsbau. — ⁷⁾ Von Importeuren gebildete Fonds von 94 Mrd. M (Überschuß der Importe zu Inlandspreisen über die Importe zu Weltmarktpreisen) abzüglich des „Abwertungsverlustes“ von 31 Mrd. M aufgrund der drastischen Weltmarktpreissteigerungen Anfang der 80er Jahre.
Quellen: Geschäftsbericht der Staatsbank der DDR für 1989; Berechnungen des DIW.

der mittleren Ziellinie nach oben oder unten abweichen sollte.

Allerdings sollte man sich bewußt sein, daß die ökonomischen Argumente für eine geldmengenpolitische Kontinuität in dieser Situation auf schwachen Füßen stehen. In der Bundesrepublik besteht das Geldvolumen M3 nur zu einem Drittel aus Primärliquidität (Geldmenge M1: Bargeld und Sichteinlagen) und zu zwei Dritteln aus Sekundärliquidität (kurz- und mittelfristige Spar- und Termingelder) und ist zudem nur der kleinere Teil eines — auch

langfristige Anlagen, z. B. Anleihen, umfassenden — beträchtlichen Geldvermögens. Die Höhe und die Struktur dieses Geldvermögens sind das Ergebnis eines langjährigen marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesses, in dessen Verlauf die Haushalte und die Unternehmen ihre Kauf- und Sparwünsche mit den tatsächlichen und erwarteten Einkommen, Güterpreisen und Zinssätzen in Einklang gebracht haben. Mit einigen Vorbehalten kann also von einem gewissen „Gleichgewicht“ zwischen Geldhaltung und Einkommen gesprochen werden.

In der DDR dagegen ist noch alles im Fluß. Dort steht die Wirtschaft erst am Beginn eines marktwirtschaftlichen Anpassungsprozesses. Gestartet wird mit einem Geldvermögen, das — mit Ausnahme der Anlagen bei Versicherungen von 7 Mrd. DM — ausschließlich aus Primärliquidität besteht. Ein Teil davon wird wegen der unsicheren Einkommenserwartungen umgehend gespart werden, vor allem in der traditionellen Form der zwar niedrig verzinslichen, aber relativ liquiden Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Doch zum Teil beruht das Geldvermögen auf einem Zwangssparen als Folge der staatlich zurückgestauten Inflation. Wie groß der durch diesen Kaufkraftüberhang ausgelöste Konsumstoß sein wird, kann heute niemand zuverlässig voraussagen; ebenso ungewiß ist, wie lange es dauern wird, bis ein einigermaßen stabiles „Gleichgewicht“ zwischen den Geldvermögensbeständen und den Einkommen in der DDR, geschweige denn eine ähnliche Struktur der Geldvermögen wie in der Bundesrepublik erreicht sein wird. Aus diesen Gründen sollte die Bundesbank während der vorausliegenden Anpassungsphase noch mehr, als sie es ohnehin tut, ihre Geldmengenpolitik mit Vorbehalten versehen; noch stärker als sonst müßte also das diskretionäre Element ihrer Politik, nämlich das Reagieren auf Indikatoren wie Nachfrage, Kosten, Inflationsrate, Wechselkurse und Zinssätze sein.

Keinen Zweifel sollte die Bundesbank daran lassen, daß die für die DDR zu erwartenden Anpassungsprobleme eine Abkehr von den Grundsätzen einer global ausgerichteten Geldpolitik nicht rechtfertigen. Geldpolitik kann Struktur- und Regionalpolitik nicht ersetzen. Eine Bevorzugung der DDR-Kreditinstitute bei der Festlegung der Refinanzierungsbedingungen und der Mindestreservvorschriften in einem einheitlichen Währungsraum würde diese Institute zur „Drehseibe“ für westdeutsche Kredit- und Einlagengeschäfte machen und käme den Unternehmen in der DDR kaum zugute. Die relativ gute Ausstattung der DDR-Kreditinstitute mit Refinanzierungskontingenten (25 Mrd. DM) kann deshalb nur eine befristete Ausnahme sein, mit der einige Übergangsschwierigkeiten gemildert werden.

Gravierend ist das schon angesprochene Problem der Altschulden der Betriebe. Weder die aus der Staatsbank ausgegliederte Kreditbank AG noch private Kreditinstitute werden diese Kredite ohne Sicherheiten — auch nicht zu Zinsen von weit mehr als bei normalen Krediten üblich (10 %) — übernehmen. Zu erwägen wäre daher, daß die Treuhandanstalt oder dieser unterstellte Gesellschaften die Altschulden der Betriebe en bloc übernehmen und sie aus den Verkaufserlösen verzinsen und tilgen. Mit einer solchen Regelung würde der DDR-Staat weitgehend von den Verpflichtungen aus diesen Altschulden befreit werden und lediglich mit den im Zuge der Währungsumstellung entstehenden Ausgleichsforderungen der Banken an den Staat belastet werden.

Für sich genommen unproblematisch ist die Erstaussstattung der Betriebe mit Liquidität. Die 30 Mrd. bis 35 Mrd. DM Bankguthaben der Betriebe würden, gleichmäßig verteilt, zur Bezahlung der Löhne und Vorleistungen in den ersten Wochen nach der Währungsumstellung ausreichen. Tatsächlich sind diese Guthaben aber ungleich verteilt, so daß viele Betriebe zur Sicherung ihrer Liquidität Bankkredite aufnehmen müssen. Zwar wird der DDR-Staat oder — genauer — die von ihm ins Leben gerufene Treuhandanstalt diesen Betrieben Überbrückungshilfen in Form von Bürgschaften für Bankkredite geben. Eine Kumulation von Altschulden und Liquiditätskrediten könnte aber auch sanierungsfähige Betriebe in den Konkurs treiben. Um so wichtiger ist es, sämtliche Betriebe von den Altschulden zu befreien.

Im gesamten Währungsgebiet der D-Mark werden die öffentlichen Haushalte in den Jahren 1990 und 1991 erhebliche Defizite (von voraussichtlich jeweils über 60 Mrd. DM) hinnehmen müssen. Die hieraus resultierenden Ansprüche an den Kapitalmarkt sind derzeit, da auch die private Kreditnachfrage, nicht zuletzt wegen des hohen Investitionsbedarfs in der DDR, recht lebhaft ist, ernster zu bewerten als in Perioden schwacher Konjunktur und schwacher privater Kreditnachfrage. Zwar mag die mit dem Mehrbedarf an Kapitalmarktmitteln verbundene Zinssteigerung von rund einem Prozentpunkt schon im Februar dieses Jahres von den Finanzmärkten „vorweggenommen“ worden sein, aber niemand kann ausschließen, daß es zu einer weiteren Zinserhöhung kommen wird. Dies könnte, namentlich in der DDR, die Investitionsneigung unerwünscht stark dämpfen. Sofern — was in diesem Bericht erwartet wird — die Bundesbank von der Kosten- und Preisseite her keinen Anlaß zu weiteren Zinssteigerungen hat, sollte sie daher auf weitere monetäre Dämpfungsmaßnahmen verzichten: Das Argument, mit einer Erhöhung der Geldmarktzinsen werde nur eine „normale“ Zinsstruktur hergestellt, reicht, für sich genommen, nicht aus.

Lohnpolitik in der DDR

Vor einem schwierigen Balanceakt steht die Lohnpolitik in der DDR. Einerseits muß versucht werden, mit ökonomisch zu rechtfertigenden, d.h. durch Produktivitätssteigerungen fundierten Lohnerhöhungen qualifizierte Arbeitskräfte im Land zu halten, andererseits ist zusätzlicher Lohnkostendruck im Wettbewerb der DDR-Unternehmen mit westlichen Konkurrenten unmittelbar arbeitsplatzgefährdend. Erschwert wird die Lohnfindung noch dadurch, daß weder auf seiten der Arbeitgeber noch auf seiten der Arbeitnehmer funktionsfähige Verbände bestehen und auch sichere Vorstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR in den nächsten Monaten nicht existieren.

Von Beobachtern aus der Bundesrepublik wird häufig empfohlen, betriebliche Vereinbarungen so lange zu

treffen, bis eine gewisse Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten ist. Prinzipiell ist das eine sinnvolle Empfehlung. Doch auch dieser Weg birgt Risiken. In kleinen und mittleren Unternehmen werden auf diese Art und Weise vermutlich die Lohnsteigerungen in weit engeren Grenzen gehalten als in Großunternehmen, die auf staatliche Absicherung im Konkursfall hoffen.

Wenn dann noch einige Branchen, die kaum internationalem Wettbewerb um Produkte, aber hohem Wettbewerb um Arbeitskräfte ausgesetzt sind, sich in ihren Abschlüssen unmittelbar am Lohnniveau der Bundesrepublik orientieren, ist kaum zu erwarten, daß betriebliche Abschlüsse zu gesamtwirtschaftlich besser vertretbaren Ergebnissen führen als Branchen- oder Sektorabschlüsse.

Was gegenwärtig in der DDR fehlt, ist eine Art „konzertierter Aktion“, die allen verfügbaren Sachverstand nutzt,

um den wichtigen am Wirtschaftsleben beteiligten Gruppen Konsequenzen ihrer Entscheidungen für die Gesamtwirtschaft vor Augen zu führen. In der vorliegenden Prognose ist — wie dargelegt — ein Lohnzuwachs im Durchschnitt des nächsten Jahres von 20 vH für alle noch vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer enthalten. Wenn aber das Ausmaß an Arbeitslosigkeit geringer gehalten werden soll, müßten die Lohnabschlüsse niedriger ausfallen. Um dennoch deutliche Signale in Richtung Reallohnanstieg zu setzen, sollte man sich auf eine mittelfristige Lohnleitlinie vom 1. Juli dieses Jahres an einigen, die bei einer Rate von etwa 10 vH liegen könnte. Stellt sich im nachhinein heraus, daß die Produktivität weit stärker gestiegen und mehr Betrieben der Einstieg in die Marktwirtschaft gelungen ist als erwartet, sollte eine Kompensation für das Stillhalten bei den Löhnen durch Einmalzahlungen gefunden werden. Auf diese Weise erhielten die Unternehmen Planungssicherheit hinsichtlich ihrer Kostensituation.

Währungsgebiet der D-Mark
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1990 und 1991

	Bundesrepublik Deutschland		DDR		Währungsgebiet der D-Mark	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
1. Entstehung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen						
a) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Erwerbstätige	2,0	1,5	-8,0	-16,0	-0,5	-2,5
Stunden je Erwerbstätigen	-1,0	-0,5	-2,0	-4,0	-1,5	-1,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,5	1,0	-9,5	-19,0	-1,5	-4,0
Produktivität ¹⁾	6,5	6,5	2,5	19,5	8,0	10,5
Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen	8,0	7,0	-7,5	-3,5	6,5	6,0
nachrichtlich:	b) 1000 Personen					
Zahl der Erwerbstätigen	28 240	28 630	8 575	7 210	36 815	35 840
Arbeitslose	1 945	1 940	300	1 415	2 245	3 355
Arbeitslosenquote (in vH) ²⁾	6,5	6,5	3,5	16,5	5,5	8,5
Kurzarbeiter	60	65	420	1 080	480	1 145
Pendlersaldo	-10	130	-95	-235	-105	-105
nachrichtlich:	c) Veränderung gegenüber Vorjahr in 1000 Personen					
Übersiedler (erwerbsfähige)	325	100	-325	-100	0	0
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen						
a) Mrd. DM						
Privater Verbrauch	1 307,5	1 387,0	159,0	162,5	1 466,0	1 549,5
Staatsverbrauch	442,0	465,0	65,0	68,5	507,5	534,0
Anlageinvestitionen	514,5	570,0	87,5	115,0	602,0	684,5
Ausrüstungen	230,0	255,0	50,0	67,5	280,0	322,0
Bauten	284,0	315,0	38,0	47,5	322,0	362,5
Vorratsveränderung	19,0	20,0	-2,0	-5,5	17,0	14,0
Außenbeitrag	158,0	172,0	-38,0	-73,5	120,0	98,5
Ausfuhr	865,5	975,0	50,0	45,0	878,0	955,0
Einfuhr	707,5	803,0	88,0	118,5	758,0	856,0
Bruttosozialprodukt	2 440,5	2 613,5	272,0	267,0	2 712,5	2 880,5
nachrichtlich:						
Inlandsnachfrage	2 283,0	2 441,5	309,5	340,5	2 592,5	2 782,0
Leistungsbilanzsaldo	121,5	136,5	-37,0	-72,5	84,0	64,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Privater Verbrauch	7,5	6,0	1,0	2,5	7,0	5,5
Staatsverbrauch	5,5	5,0	1,0	5,0	5,0	5,0
Anlageinvestitionen	11,0	11,0	12,0	31,0	11,0	13,5
Ausrüstungen	11,0	11,0	25,0	35,0	13,0	15,0
Bauten	11,5	11,0	-1,5	25,5	9,5	12,5
Ausfuhr	11,0	12,5	-15,0	-10,0	8,5	9,0
Einfuhr	11,0	13,5	16,5	34,5	10,5	13,0
Bruttosozialprodukt	8,0	7,0	-6,5	-2,0	6,5	6,0
nachrichtlich:						
Inlandsnachfrage	7,5	7,0	1,0	10,0	7,0	7,5
3. Einkommensentstehung und -verteilung						
a) Mrd. DM						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 253,0	1 336,0	146,5	137,0	1 399,5	1 473,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 011,5	1 081,5	125,0	117,0	1 136,5	1 198,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	684,5	721,0	100,5	94,0	785,0	815,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	647,0	702,0	82,0	73,5	729,0	776,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	563,0	612,5	64,0	56,5	627,5	669,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	452,0	483,5	20,0	17,0	471,5	500,5
Nichtentnommene Gewinne	111,5	129,0	44,5	39,5	155,5	168,0
Volkseinkommen	1 900,0	2 038,5	228,0	211,0	2 128,5	2 249,0
Abschreibungen	295,0	318,5	42,0	45,0	337,0	364,0
Indirekte Steuern abzgl. Subventionen	245,5	256,5	1,5	11,0	247,0	267,5
Bruttosozialprodukt	2 440,5	2 613,5	272,0	267,0	2 712,5	2 880,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Bundesrepublik Deutschland		DDR		Währungsgebiet der D-Mark	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	6,5	6,5	−0,5	−6,5	6,0	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,0	7,0	−0,5	−6,5	6,0	5,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	9,5	5,5	−0,5	−6,5	8,0	4,0
nachrichtlich:						
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	5,0	6,0	10,0	15,5	7,0	10,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	7,0	4,5	10,0	15,0	9,0	8,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,5	8,5	−6,0	−10,0	10,0	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	15,5	9,0	−3,5	−12,5	13,5	6,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	10,0	7,0	−43,0	−15,0	5,5	6,0
Volkseinkommen	8,5	7,5	−2,5	−7,5	7,0	5,5
Abschreibungen	6,5	8,0	4,5	7,5	6,5	8,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	5,5	4,5	.	.	−0,5	8,0
Bruttosozialprodukt	8,0	7,0	−6,5	−2,0	6,5	6,0
4. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte						
a) Mrd. DM						
Nettolohn- und -gehaltsumme	684,5	721,0	100,5	94,0	785,0	815,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	481,5	515,5	27,0	27,0	508,5	542,5
Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	381,0	398,0	41,0	54,0	422,0	452,0
Geleistete laufende Übertragungen ⁵⁾	48,0	49,5	5,0	5,5	53,0	55,0
Verfügbares Einkommen	1 499,5	1 585,0	163,0	169,5	1 662,5	1 754,5
Privater Verbrauch	1 307,5	1 387,0	159,0	162,5	1 466,0	1 549,5
Ersparnis	192,0	198,0	4,5	7,0	193,5	205,0
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,0	12,5	2,5	4,0	11,5	11,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Nettolohn- und -gehaltsumme	9,5	5,5	−0,5	−6,5	8,0	4,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ³⁾	9,5	7,0	−31,5	0,0	6,0	6,5
Empfangene laufende Übertragungen ⁴⁾	6,0	4,5	11,5	32,0	6,5	7,0
Verfügbares Einkommen	8,5	5,5	−4,0	4,0	7,0	5,5
Privater Verbrauch	7,5	6,0	1,0	2,5	7,0	5,5
Ersparnis	13,5	3,0	−67,5	60,0	6,0	6,0
5. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁶⁾						
a) Mrd. DM						
Einnahmen						
Steuern	568,5	613,0	27,0	36,0	595,5	649,0
Sozialbeiträge	405,0	428,0	52,0	53,5	457,0	481,5
Erwerbseinkünfte	32,0	33,0	0,0	0,0	32,0	33,0
Sonstige laufende Übertragungen	24,5	25,5	7,5	7,5	31,5	33,0
Empfangene Vermögensübertragungen	6,5	6,5	32,0	42,0	6,5	6,5
Einnahmen insgesamt	1 036,5	1 106,0	118,0	139,0	1 122,5	1 203,0
Ausgaben						
Staatsverbrauch	442,0	465,0	65,0	68,5	507,5	534,0
Zinsen	62,0	65,0	7,0	10,0	69,0	75,0
Laufende Übertragungen an	472,0	491,5	56,0	73,0	528,0	564,5
Private Haushalte	381,0	397,5	40,5	58,0	421,5	455,0
Unternehmen	51,5	54,5	15,0	15,0	66,5	69,5
Ausland	39,5	40,0	0,0	0,0	39,5	40,0
Geleistete Vermögensübertragungen	63,0	74,0	4,0	2,5	35,5	35,0
Nettoinvestitionen	41,0	44,5	8,0	12,0	49,0	56,5
Ausgaben insgesamt	1 080,5	1 140,5	140,0	166,0	1 188,5	1 264,5
Finanzierungssaldo	−44,0	−34,0	−22,0	−27,0	−66,0	−61,5

Westliche Industrieländer: Differenzierung im Wachstum begünstigt Abbau der Leistungsbilanzsalden

Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist nach wie vor dadurch gekennzeichnet, daß sich die Expansion insbesondere in den angelsächsischen Ländern abgeschwächt hat, während sie in anderen Ländern weiterhin ein relativ rasches Tempo aufweist. Die Wachstumsunterschiede vermindern die hohen Leistungsbilanzsalden, die lange die außenwirtschaftlichen Beziehungen belastet hatten. Die Leistungsbilanzdefizite der USA und Großbritanniens nehmen tendenziell ab. Nach einem Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses in Japan ist auch für Deutschland als Ganzes eine spürbare Verringerung des Aktivsaldo zu erwarten. Allerdings steigen in verschiedenen kleineren westeuropäischen Ländern — z.B. in Spanien, Finnland, Schweden und Griechenland — die relativ hohen Defizite noch. Die geringen Defizite in Frankreich und Italien werden bei kaum verlangsamtem Wirtschaftswachstum ähnlich hoch wie im Vorjahr sein.

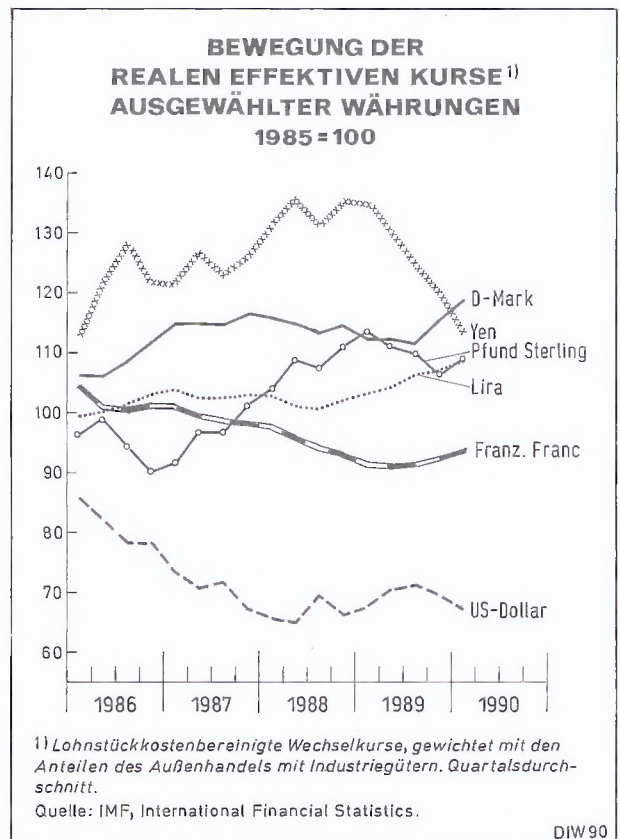
Vielfach wird die Auffassung vertreten, das amerikanische Leistungsbilanzdefizit könne nur weiter vermindert werden, wenn die Konjunkturabschwächung in den USA anhält. Das Leistungsbilanzdefizit und damit der Kapitalbedarf der USA könnten sich aber auch bei höherem gesamtwirtschaftlichen Wachstum verringern, wenn entweder die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit weiter gestärkt wird oder sich in anderen Ländern das Wachstum beschleunigt, so daß sich auch für die USA die Exportchancen verbessern. Die amerikanischen Exporte könnten dann bei unterausgelasteten Kapazitäten verstärkt zunehmen, während die Importe bei moderater Expansion der Inlandsnachfrage langsamer als die Exporte steigen.

Im Gefolge der tiefgreifenden Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa wird dort eine Verstärkung des wirtschaftlichen Wachstums angestrebt. Die notwendige zügige Umstrukturierung der Produktion ist ohne eine starke Steigerung der Importe aus den westlichen Industrieländern kaum zu bewältigen. Zur Deckung auch nur eines Teils dieses Importbedarfs sind diese Länder aber auf verstärkte Kapitalimporte aus den westlichen Industrieländern angewiesen. Freilich sind im gegenwärtigen Umschichtungsprozeß Kapitalanlagen noch sehr risikobeladen. Je mehr es jedoch gelingt, die notwendigen Rahmenbedingungen und hier vor allem Rechtssicherheit für ausländische Investitionen zu schaffen, um so größer sind die Aussichten, daß es zu einem stärkeren Kapitalstrom in diese Länder kommt. Die westlichen Industrieländer könnten hierzu beitragen, indem sie — wie es die Bundesrepublik Deutschland für die DDR tut — zusätzliche staatliche Finanzhilfen zur Verfügung stellen und Bürgschaften für privates Engagement übernehmen. Die Gründung der Europäischen Entwicklungsbank ist ein Ansatz für gemeinsame Anstrengungen dieser Länder.

Käme es mittelfristig zu einem stärkeren Kapitalexport, so wäre damit eine Aktivierung der Leistungsbilanzen westlicher Industrieländer verbunden. Realwirtschaftlich ist dies tragbar. Die davon ausgehenden konjunkturellen Impulse wären in besonderem Maße in den USA erwünscht, wo sich das Leistungsbilanzdefizit bei wieder beschleunigtem Sozialproduktwachstum vermindern könnte. Kurzfristig ist dies freilich noch nicht zu erwarten.

In den USA nimmt das Sozialprodukt gegenwärtig nur mäßig zu. Die wirtschaftliche Expansion wird sich nur allmählich wieder beschleunigen. Die Geldpolitik ist in diesem Jahr — gemessen an der Geldmengenentwicklung — wieder etwas expansiver als im vergangenen. Dies hat nun auch zu leicht sinkenden Zinsen geführt. Der Federal Reserve Board sah sich zu dieser geldpolitischen Lockerung aus konjunkturellen Gründen veranlaßt, zumal sich der Preisauftrieb in letzter Zeit etwas abgeschwächt hat und die Gefahr einer anhaltenden Inflationsbeschleunigung, die auch die Löhne erfaßt, geringer geworden ist.

In einem beträchtlichen Dilemma befindet sich gegenwärtig die Finanzpolitik. Als Folge der konjunkturellen Verlangsamung hat sich das Defizit auch im ordentlichen Staatshaushalt erhöht. Die Staatsfinanzen werden zudem



Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1988 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991
Bundesrepublik Deutschland	8,8		4,0	4,0	3,0	2,8	4,5	3,0	2,5	3,5	4,0
Frankreich	6,9	15,3	3,4	3,0	3,0	3,1	3,0	3,0	3,5	3,0	3,0
Italien	6,1	11,1	3,2	3,0	3,0	3,3	3,5	3,5	6,5	6,0	6,0
Großbritannien	6,0	11,3	2,3	1,0	1,5	3,2	0,5	1,5	7,3	6,5	6,0
Spanien	2,5	3,7	5,0	4,0	3,5	7,5	5,5	4,5	6,0	5,0	5,0
Niederlande	1,7	10,6	4,0	3,0	3,0	4,5	3,0	2,5	1,0	2,0	2,0
Belgien	1,1	9,0	4,0	3,5	2,5	4,0	3,5	2,5	2,0	2,0	3,0
Dänemark	0,8	2,4	1,1	2,0	2,0	0,6	1,0	1,5	4,4	4,0	3,0
Griechenland	0,4	1,2	3,0	2,5	2,0	4,5	3,5	3,0	14,5	14,5	14,0
Portugal	0,3	1,0	4,9	4,5	2,0	7,5	6,5	2,0	6,5	6,5	6,5
Irland	0,2	0,5	4,5	3,5	1,5	4,5	3,5	2,5	3,5	3,5	3,0
EG	34,8		3,5	3,0	2,7	3,5	3,2	2,8	4,6	4,5	4,5
EG ohne BRD	26,0		3,3	2,6	2,6	3,7	2,8	2,8	5,3	4,8	4,7
EG ohne BRD ⁴⁾		66,1	3,4	2,8	2,6	3,8	2,9	2,7	4,5	4,2	4,2
Schweiz	1,4	7,4	2,7	2,5	2,5	3,2	3,0	3,0	3,5	4,0	3,5
Schweden	1,3	3,6	2,1	1,0	1,5	3,4	1,5	1,5	7,4	8,0	7,0
Österreich	0,9	6,8	3,8	3,5	3,0	3,3	3,5	3,0	2,5	2,5	3,0
Finnland	0,8	1,3	5,0	2,5	1,5	7,3	3,0	2,0	6,8	6,0	4,0
Norwegen	0,7	1,1	2,3	2,0	2,5	-2,2	0,5	2,5	5,3	3,5	3,0
Europäische Industrieländer	39,9		3,4	2,9	2,6	3,5	3,1	2,8	4,7	4,6	4,5
Europäische Industrie- länder ohne BRD	31,0		3,2	2,6	2,5	3,6	2,7	2,7	5,3	4,9	4,7
Europäische Industrie- länder ohne BRD ⁴⁾		86,4	3,3	2,7	2,6	3,6	2,8	2,7	4,4	4,2	4,2
USA	35,6	9,8	3,0	1,5	2,0	2,4	1,0	1,5	4,1	4,5	4,0
Kanada	3,6	1,0	2,9	2,0	2,0	5,6	2,5	2,0	4,8	5,0	5,5
Japan	20,9	2,8	4,9	4,5	3,5	5,9	4,5	3,5	1,5	2,5	2,0
Außereuropäische Industrieländer	60,1		3,7	2,6	2,5	3,8	2,3	2,2	3,2	3,8	3,4
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾		13,6	3,4	2,2	2,3	3,4	1,8	2,0	3,6	4,1	3,7
Insgesamt	100,0		3,6	2,7	2,6	3,7	2,6	2,5	3,8	4,1	3,8
Insgesamt ohne BRD	91,2		3,5	2,6	2,5	3,8	2,4	2,4	3,9	4,2	3,8
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	3,3	2,6	2,5	3,6	2,7	2,6	4,3	4,2	4,1

1) Auf Dollarbasis. — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BSP. — 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

durch die — in einem außerordentlichen Haushalt ausgewiesenen — Zahlungen an in Not geratene Sparkassen belastet. Die Regierung steht jedoch unter dem Druck des Gramm-Rudman-Holling-Gesetzes, das Defizit weiter zu

vermindern. Diskutiert werden daher sogar Steuererhöhungen. Durch eine restriktive, auf Haushaltskonsolidierung gerichtete Finanzpolitik würde aber die Konjunktur weiter gedämpft, ohne daß das Ziel der Defizitverringere-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991
Bundesrepublik Deutschland	1,7	5,0	2,5	-0,8	2,5	2,0	7,2	7,0	5,5	10,4	9,5	9,5	7,3	11,5	10,5
Frankreich	2,9	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	4,0	4,5	5,0	10,1	7,0	7,0	8,4	6,5	6,5
Italien	3,8	3,5	3,5	0,5	2,5	2,0	5,1	5,0	4,5	10,1	6,0	5,5	9,6	7,5	6,5
Großbritannien	3,8	1,5	1,5	0,5	1,0	0,5	4,8	-2,0	2,0	4,1	7,0	5,0	7,1	4,0	4,5
Spanien	5,0	4,0	3,0	4,5	4,0	3,0	14,0	11,0	7,0	6,0	6,5	6,5	15,0	11,0	9,0
Niederlande	3,5	3,5	3,0	1,0	0,5	0,5	7,0	5,0	4,0	6,0	6,0	6,5	7,0	6,0	5,5
Belgien	3,5	3,0	2,5	0,5	0,5	0,5	11,0	7,0	3,5	8,0	6,0	5,5	8,0	6,0	5,5
Dänemark	-0,5	1,5	1,5	-0,5	0,5	0,5	-0,6	2,0	2,5	6,2	5,0	4,5	5,1	3,0	3,5
Griechenland	3,0	2,0	2,0	4,0	3,0	3,0	9,5	7,0	5,0	5,5	5,5	5,5	9,0	7,0	7,0
Portugal	4,0	3,5	2,5	2,0	2,0	2,0	11,5	9,5	6,0	6,5	6,0	5,5	11,0	9,0	4,5
Irland	3,5	3,0	2,5	-2,0	-1,0	2,0	8,0	7,0	5,0	9,0	7,0	3,0	9,5	7,5	4,5
EG ¹⁾	3,1	3,3	2,6	0,9	2,2	1,8	6,4	4,8	4,6	8,3	7,3	6,9	8,2	7,6	7,0
EG ohne BRD ¹⁾	3,5	2,8	2,7	1,5	2,1	1,8	6,1	4,1	4,3	7,5	6,4	5,8	8,5	6,2	5,8
Schweiz	1,8	2,5	2,5	2,8	4,0	2,0	5,2	5,0	4,0	5,4	5,0	4,0	5,3	5,5	5,0
Schweden	0,7	0,5	2,0	1,9	1,5	1,5	9,5	1,5	2,0	3,4	2,5	3,5	6,8	3,5	3,0
Österreich	3,3	3,5	3,0	1,0	0,5	2,0	4,6	4,5	4,5	11,1	7,0	6,5	9,7	7,0	6,0
Finnland	3,6	2,5	2,5	3,2	2,5	2,0	12,4	2,0	3,0	1,7	3,0	2,5	9,6	4,0	3,5
Norwegen	-1,7	2,0	2,5	2,1	2,0	1,0	-4,3	-10,0	10,0	12,1	4,5	4,5	-0,3	2,0	5,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	2,9	3,2	2,6	1,1	2,2	1,8	6,2	4,3	4,6	8,1	6,9	6,5	7,9	7,1	6,6
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,2	2,7	2,6	1,6	2,1	1,8	6,0	3,5	4,3	7,3	6,0	5,5	8,1	5,9	5,6
USA	2,7	1,5	2,0	2,6	1,5	0,5	1,8	1,5	2,5	11,1	8,0	8,0	6,1	5,0	5,0
Kanada	4,0	2,0	2,0	2,2	1,0	1,0	7,1	3,5	4,5	-0,9	2,0	4,0	7,2	3,0	4,5
Japan	3,5	4,0	3,5	2,1	1,5	2,0	10,9	7,0	4,0	15,4	8,0	6,5	21,4	10,0	6,0
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	3,0	2,3	2,5	2,5	1,5	0,9	6,6	4,3	3,4	11,2	7,3	7,0	10,5	6,2	5,2
Insgesamt ¹⁾	3,0	2,7	2,5	1,8	1,8	1,3	6,4	4,3	3,8	9,3	7,1	6,7	9,0	6,7	6,0
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,1	2,5	2,5	2,1	1,7	1,2	6,4	4,1	3,7	9,1	6,6	6,2	9,2	6,0	5,4

¹⁾ Gewichte 1988 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

— wegen der konjunkturbedingten Mindereinnahmen — erreicht würde. Die Regierung hofft daher, daß die Geldpolitik ihren Kurs weiter lockert und damit einen konjunkturellen Einbruch verhindert. Sie setzt überdies darauf, daß beim gegenwärtigen Dollarkurs die amerikanische Wirtschaft in ausreichendem Maße wettbewerbsfähig ist und von der Außenwirtschaft auch künftig expansive Impulse ausgehen werden.

Die Konjunkturabschwächung, die Ende vergangenen Jahres einsetzte und alle inländischen Sozialproduktkomponenten erfaßt hat, dürfte aber nur allmählich überwunden werden. Weiter verlangsamten sich die Zu-

nahme des öffentlichen Verbrauchs. Dagegen ist damit zu rechnen, daß der private Verbrauch bei Fortsetzung der gegenwärtigen Geldpolitik im weiteren Verlauf dieses Jahres und vor allem im nächsten Jahr wieder spürbarer zunehmen wird. Dies würde zusammen mit der nach wie vor überdurchschnittlichen Exportsteigerung auch die Investitionen anregen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Japan ist weiterhin deutlich aufwärts gerichtet. Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte expandierten zügig, und die Unternehmen steigerten ihre Anlageinvestitionen bei nach wie vor sehr hoch ausgelasteten Kapazitäten nochmals be-

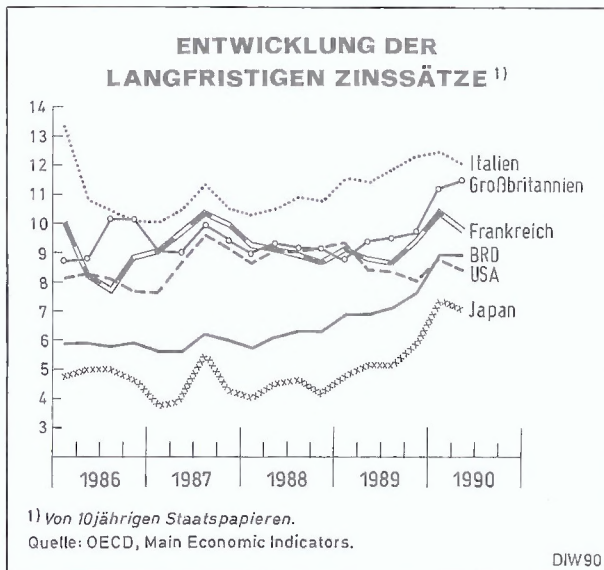
Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit									
	in Landeswährung												in SZR
	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989
Bundesrepublik Deutschland	9,5	12,5	8,5	4,4	6,5	6,5	5,3	8,0	5,5	0,4	2,0	3,5	−1,7
Frankreich	11,8	8,5	8,5	5,0	5,0	5,0	8,1	5,5	5,0	1,5	2,0	2,0	−0,6
Italien	12,3	10,0	10,5	8,0	8,5	8,0	8,8	7,0	7,5	4,7	5,5	5,0	4,2
Großbritannien	8,4	1,5	2,0	10,8	10,0	9,5	6,0	0,5	0,5	8,3	9,0	8,0	4,5
Spanien	15,5	11,5	10,5	8,0	7,5	7,0	10,0	7,0	7,0	3,0	3,5	3,5	6,3
Niederlande	11,0	8,5	8,5	2,0	3,0	3,0	6,5	5,5	5,5	−2,0	0,0	0,0	−4,3
Belgien	10,0	8,5	8,5	4,0	4,0	4,0	6,0	4,5	5,5	0,0	0,5	1,5	−2,2
Dänemark	17,1	7,5	7,5	4,0	4,0	4,0	15,8	5,5	5,5	2,8	2,0	2,0	−0,7
Griechenland	19,0	17,5	16,5	17,0	17,0	16,0	15,5	15,0	14,5	13,5	14,0	13,5	4,0
Portugal	16,0	14,5	10,5	8,5	8,5	7,0	10,5	9,5	8,5	3,5	4,0	5,0	−0,7
Irland	13,5	10,0	5,5	5,5	5,5	4,0	8,5	6,0	4,0	1,0	2,0	2,5	−1,5
EG ³⁾	11,5	9,4	8,4	6,5	7,0	6,8	7,1	5,8	5,1	2,2	3,2	3,6	0,1
EG ohne BRD ³⁾	12,1	8,5	8,4	7,2	7,2	6,9	7,8	4,9	4,9	3,0	3,7	3,6	0,9
Schweiz	9,2	11,0	9,0	5,0	4,5	4,5	6,3	8,0	6,5	2,3	2,0	1,5	−4,0
Schweden	12,9	9,5	10,5	9,0	9,0	8,0	10,5	8,5	9,0	6,8	8,0	6,5	6,5
Österreich	5,3	7,0	9,0	6,8	5,5	5,0	1,4	3,5	5,5	2,9	2,0	2,0	0,7
Finnland	20,9	10,5	9,5	9,0	8,0	4,0	15,1	7,5	8,0	3,8	5,5	2,5	6,1
Norwegen	15,6	8,5	10,0	5,0	4,5	4,0	13,0	6,5	7,0	2,6	2,5	1,5	1,6
Europäische Industrieländer ³⁾	11,5	9,4	8,6	6,6	6,9	6,6	7,3	6,0	5,4	2,4	3,4	3,5	0,3
Europäische Industrieländer ohne BRD ³⁾	12,0	8,6	8,6	7,2	7,0	6,6	8,0	5,3	5,4	3,2	3,8	3,5	1,1
USA	5,2	1,0	3,5	8,1	7,0	7,0	2,2	−0,5	1,5	5,0	5,5	5,0	10,0
Kanada	4,0	3,5	9,0	9,3	7,5	7,0	1,1	1,5	7,0	6,2	5,5	5,0	15,8
Japan	7,5	9,5	6,5	5,5	6,0	5,5	2,5	5,0	2,5	0,6	1,5	1,5	−2,0
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	6,0	4,2	4,9	7,3	6,7	6,5	2,1	1,9	2,8	3,5	4,0	3,7	6,5
Insgesamt ³⁾	8,4	6,5	6,5	7,0	6,8	6,5	5,4	4,5	4,5	2,8	3,6	3,6	2,6
Insgesamt ohne BRD ³⁾	8,3	5,9	6,3	7,3	6,8	6,5	5,4	3,8	4,3	3,3	3,9	3,6	3,4

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens. —
²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — ³⁾ Gewichtet mit 1988 Anteilen.
Für ¹⁾ und ²⁾: Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.
Quellen: OECD, Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

trächtlich. Auch die Exporte nahmen merklich zu; hierzu dürfte die Schwäche des Yen gegenüber dem Dollar beigetragen haben. Die Importnachfrage steigt dagegen nicht mehr ganz so rasch wie zuvor. Der Abbau des Leistungsbilanzüberschusses, der im Verlaufe des vergangenen Jahres beachtlich war, geriet infolgedessen zuletzt ins Stocken.

Die leichte Beschleunigung des Preisauftriebs ist einmal auf die wechsellkursbedingte Verteuerung bei den Importen zurückzuführen. Zum anderen dürfte dazu beigetragen haben, daß die Lohnabschlüsse vom Frühjahr nur etwas über denen des Vorjahres lagen und die Lohnstückkosten bei wenig verlangsamtem Produktivitätszuwachs etwas stärker steigen als zuvor. Die Entwicklung



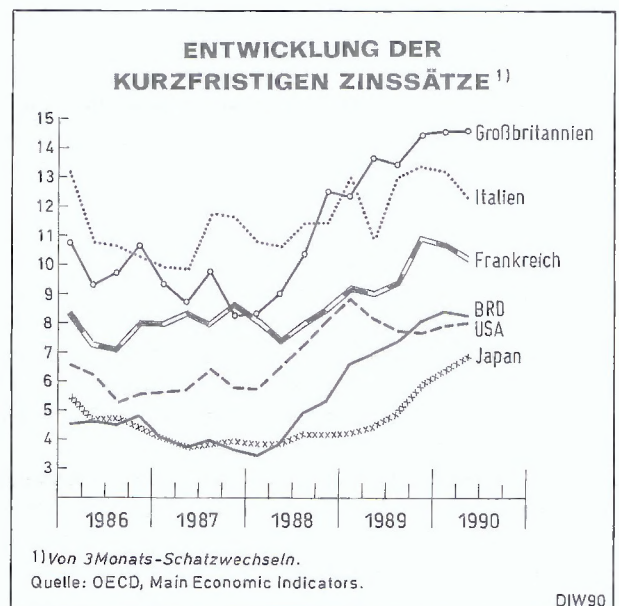
belgische und niederländische Wirtschaft ausstrahlen werden. Ebenso wie de facto schon seit längerem die Niederlande will nunmehr auch die belgische Regierung aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Lage und der bereits lang anhaltenden Wechselkursstabilität den belgischen Franc fest an die D-Mark binden. Dies dürfte zu einer weiteren Verbesserung der Aussichten für eine Senkung der Inflationsrate, der Zinsen und des staatlichen Schuldendienstes führen. Es ist ferner als ein weiterer Schritt zur europäischen Währungsunion zu sehen. Zu Ländern, in denen ein hohes Wachstumstempo mit relativ geringen außenwirtschaftlichen Defiziten verbunden ist, gehören vor allem Frankreich, mit Einschränkungen aber auch Italien und Dänemark. In diesen Ländern wird gegenwärtig insbesondere aufgrund einer gewissen Stärke ihrer Währung innerhalb des Europäischen Währungssystems, z.T. aber auch aufgrund schon vor längerer Zeit eingeleiteter wirtschaftlicher Sanierungsmaßnahmen nunmehr die Möglichkeit gesehen, die Wirtschaftspolitik stärker an den nationalen Erfordernissen zu orientieren und teilweise die geldpolitischen Zügel zu lockern. Problematisch ist dagegen die Situation einer Reihe anderer europäischer Länder, die zumeist ein geringes Wirtschaftswachstum bei hohen Leistungsbilanzdefiziten aufweisen. Zu ihnen gehören neben Großbritannien auch Spanien, Schweden, Finnland und Griechenland. Diese Länder müssen gegenwärtig ihre Wirtschaftspolitik in erster Linie an den außenwirtschaftlichen Erfordernissen ausrichten.

Für die Fortsetzung der insgesamt kräftigen Konjunktur sprechen die sehr günstige, sich zumeist noch verbessernde Ertragslage der Unternehmen und die weiterhin guten Absatzerwartungen nicht zuletzt aufgrund der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes sowie der Reformen in der DDR und in Osteuropa. Mit Ausnahme

der Verbraucherpreise läßt allerdings vermuten, daß die Unternehmen konjunkturbedingte Preiserhöhungsspielräume in den letzten Monaten häufiger genutzt haben. In dieser Situation dürfte die Notenbank ihren restriktiven Kurs weiter fortsetzen. Sie befindet sich hierbei in einem Dilemma: Der schwache Yen behindert den erwünschten weiteren Abbau des Leistungsbilanzüberschusses. Eine weitere Verschärfung des zinspolitischen Kurses könnte indes das konjunkturelle Klima allzusehr abkühlen und damit auch die Importnachfrage eindämmen, so daß der Saldenabbau auch in diesem Falle nicht entscheidend vorankommt. Die Finanzpolitik wird an ihrem Kurs festhalten, die wirtschaftliche Entwicklung zu dämpfen: Das Defizit im Zentralhaushalt wird weiter zurückgeführt werden; insgesamt wird der öffentliche Sektor im laufenden Haushaltsjahr einen höheren Finanzierungsüberschuß ausweisen als im vorangegangenen.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in diesem und im nächsten Jahr ist damit zu rechnen, daß die restriktive Wirtschaftspolitik allmählich greift. Dies dürfte die Investitionsneigung etwas dämpfen. Die Investitionen im Wohnungsbau werden kaum steigen, und auch die Anlageinvestitionen dürften in gemäßigterem Tempo als in den vergangenen Jahren ausgeweitet werden. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird sich etwas abschwächen, gleichwohl aber hoch ausfallen.

Für *Westeuropa* insgesamt sind die konjunkturellen Auftriebskräfte noch kräftig, wenngleich die Konjunktur im einzelnen differenziert verläuft. Zur einen Gruppe von Ländern mit starkem Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichen Überschüssen gehören vor allem die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten. Für die Bundesrepublik Deutschland werden sich aus der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR zusätzliche Wachstumsimpulse ergeben, die auch auf die



Großbritanniens verändert sich in den westeuropäischen Industrieländern die Einkommensverteilung gegenwärtig noch weiter zugunsten der Unternehmen. Es ist allerdings zu erwarten und teilweise auch schon zu beobachten, daß die Gewerkschaften die gute Konjunktur- und Beschäftigungslage nutzen werden, die Position der Arbeitnehmer wieder zu verbessern. Dabei könnte es 1991 einen gewissen Druck in Richtung auf eine Beschleunigung der — bisher sehr gemäßigten — Preisentwicklung geben.

Als erfolgreich ist die Wirtschaftspolitik in *Frankreich* anzusehen. Hier ist das Wirtschaftswachstum schon seit einiger Zeit mit gut 3 vH relativ hoch. Die lebhafteste Investitionstätigkeit stimulierte die Konjunktur. Der private Verbrauch entwickelte sich stetig, die Exporte nahmen überdurchschnittlich und sogar etwas stärker als die Importe zu. Das Leistungsbilanzdefizit könnte sich in diesem Jahr sogar etwas reduzieren. Neben dem kräftigeren Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland dürfte hierzu beitragen, daß die Inflationsrate und der Anstieg der Lohnstückkosten relativ gering sind und seit längerem deutlich unter dem Durchschnitt der wichtigsten Handelspartner liegen. Die Stärke des französischen Franc hat auch den Spielraum der Geldpolitik erweitert. So war es in jüngster Zeit möglich, trotz Zinserhöhungstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland die französischen Zinsen nicht nur unverändert zu lassen, sondern sie sogar zu senken, was konjunkturpolitisch durchaus erwünscht ist. Damit erhöhen sich die Chancen, auch 1991 ein befriedigendes Wachstum mit weiteren Beschäftigungsgewinnen zu erreichen.

Die konjunkturelle Entwicklung in *Italien* ist nach wie vor robust. Vor allem verringerte sich der kräftige Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen bei hoher Kapazitätsauslastung und guter Absatz- und Ertragslage nur wenig. Obwohl sich der Anstieg der Lohnstückkosten etwas erhöht hat, beschleunigte sich der Preisauftrieb nicht mehr; die Inflationsrate lag zuletzt wieder unter 6 vH. Allerdings ist in Italien die wirtschaftspolitische Konstellation ungünstiger als in Frankreich. Der Preisanstieg ist fast doppelt so hoch, der Lohnstückkostenanstieg liegt über dem Durchschnitt Westeuropas, die Importe steigen schneller als die Exporte, und das Haushaltsdefizit wird mit reichlich 10 vH des Bruttosozialprodukts beträchtlich bleiben. Die hohe Neuverschuldung veranlaßte die Regierung zu Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung. Diese Maßnahmen wie auch die relativ feste Lira innerhalb des Europäischen Währungssystems erleichterten es der Notenbank, ihren Leitzins jüngst um einen vollen Prozentpunkt zu senken. Damit wurde nicht nur der Gefahr einer konjunkturellen Abschwächung als Folge der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung entgegengewirkt, sondern es ergibt sich auch direkt eine Entlastung des Haushalts beim Zinsendienst. So wird sich das Wirtschaftswachstum 1990/91 wohl nur wenig abschwächen. Aus demographischen Gründen wird sich die Arbeitslosigkeit eher wieder erhöhen.

Anders als in den übrigen westeuropäischen Industrieländern hat sich in *Großbritannien* die gesamtwirtschaftliche Expansion beträchtlich abgeschwächt. Dies ist Folge einer restriktiven Wirtschaftspolitik, mit der hohe Preis- und Lohnsteigerungen bekämpft werden. Insbesondere die Hochzinspolitik, durch die das Zinsniveau in Großbritannien über das in den meisten anderen Industrieländern angehoben wurde, hat zur Folge, daß in diesem Jahr die Anlageinvestitionen zurückgehen und gleichzeitig die Lager abgebaut werden. Als relativ robust erweist sich bisher die Entwicklung des privaten Verbrauchs. Dabei hat sich der Preisauftrieb bis zuletzt beschleunigt. Die Zunahme des privaten Verbrauchs dürfte sich aber im weiteren Verlauf dieses Jahres spürbar abschwächen. Eine Gegenkraft zur Verlangsamung der Inlandsnachfrage bildet die Entwicklung des Exports. Er wird gestützt durch die gute Konjunktur in anderen Ländern und den Rückgang des Pfundkurses.

Die britische Regierung erhofft sich von einem Beitritt zum Europäischen Währungssystem, den sie vollziehen will, wenn sich der Preisauftrieb verlangsamt hat, weitere inflationsdämpfende Effekte. Die Tarifparteien müßten nach dem Beitritt zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei der Lohn- und Preisgestaltung strengere Disziplin üben. Verhalten sie sich in dieser Weise, so könnte die restriktive Wirtschaftspolitik gelockert werden. Insbesondere könnte von der extremen Hochzinspolitik abgegangen werden, wenn sich die Erwartungen dann auf einen stabilen Pfundkurs richten.

Der Prognose für das Jahr 1991 liegt die Annahme zu Grunde, daß die Lohnsteigerungen sich verlangsamen, aber zunächst noch nicht den durchschnittlichen Anstieg in Westeuropa erreichen. Die restriktive Geldpolitik dürfte etwas gelockert werden. Das Wachstum des Sozialprodukts wird sich unter dieser Annahme wieder etwas beschleunigen. Der Investitionsrückgang wird einem — wenn auch nur leichten — Anstieg weichen. Allerdings wird sich die Exportzunahme verlangsamen, da sich die Wettbewerbsfähigkeit bei konstantem Pfundkurs verschlechtert. Änderte sich das Verhalten der Tarifparteien weniger als unterstellt, so würde die Wirtschaftspolitik ihren harten Kurs fortsetzen, und die gesamtwirtschaftliche Expansion würde sich kaum beschleunigen. Vielmehr wäre in diesem Fall eine Rezession nicht ausgeschlossen.

Etwas anders ist die konjunkturelle Entwicklung in *Spanien*. Spanien hatte in den letzten Jahren das höchste Wachstumstempo in Europa. Vor allem der Eintritt in den Gemeinsamen Markt hat zu einer dynamischen Investitionstätigkeit geführt. Jedoch sind auch hier die Lohnstückkosten überdurchschnittlich gestiegen, und das Leistungsbilanzdefizit war sehr hoch. Im Gegensatz zu Großbritannien importierte Spanien allerdings in großem Umfang Investitionsgüter, und die Finanzierung der Defizite gelang — dem Idealmodell einer sich entwickelnden Volkswirtschaft entsprechend — bisher reibungslos. Zeit-

weise wurden sogar Maßnahmen ergriffen, die Peseta im Europäischen Währungssystem nicht zu stark werden zu lassen. Mit den kürzlich getroffenen Vereinbarungen zwischen Regierung und Tarifparteien über eine striktere Einkommenspolitik könnte es gelingen, das Hauptproblem — die hohen Inflationserwartungen — zu entschärfen. Das Wirtschaftswachstum wird bei kräftiger Investitionstätigkeit trotz eines etwas schwächeren Anstiegs beim privaten Konsum noch vergleichsweise stark bleiben.

Die Expansion des *Welthandels* bleibt weiterhin lebhaft, wenngleich sich das zuvor sehr hohe Tempo seit Mitte des vergangenen Jahren etwas verlangsamt hat. Mit dem tendenziell geringeren Anstieg von Nachfrage und Produktion in den westlichen Industrieländern nahmen auch die Einfuhren und Ausfuhren fast aller dieser Länder

weniger rasch zu. Im Rahmen dieser Entwicklung stiegen die realen Warenexporte der USA und Japans überdurchschnittlich. Auf der anderen Seite weiteten die Erdölexportländer ihre Einfuhren aufgrund ihrer verbesserten Erlössituation wieder stärker aus. Verstärkt nahmen auch die Importe der RGW-Länder zu, wenngleich die Nachfrage dieser Länder teilweise durch Finanzierungsprobleme eingeschränkt wird.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden spürbare Nachfrageimpulse vor allem von den westeuropäischen Industrieländern ausgehen. In den angelsächsischen Ländern wird sich die konjunkturelle Abschwächung weiter dämpfend auf die Importe auswirken, und in Japan bremsen der schwache Yen den Nachfrageanstieg. Insgesamt dürfte sich der Welthandel in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils rund 6 vH ausweiten.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonometrischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonometrischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Bernhard Seidel.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten